

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4039 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 198.

Freitag, den 25. August 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber.

Ein wie geringer Wert den Wohlfahrtseinrichtungen beizumessen ist, deren die Unternehmer sich nicht genug rühmen können, ja, wie im Grunde genommen dieser ganze Wohlfahrtshumbung für die Arbeitgeber nur ein Mittel ist, sich selbst auf Kosten der Arbeiter zu bereichern, die Arbeiter dagegen zu entrechteten und zu knebeln, ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt nachgewiesen worden. Namentlich hat auch der Verein für Sozialpolitik, einer Verbindung bürgerlicher Nationalökonomien unter Führung des Geheimrats Schmoller, der sich auf seiner diesjährigen Generalversammlung mit der Frage des Arbeitsverhältnisses in den privaten Mietverhältnissen beschäftigt, durch Veröffentlichung einer interessanten Arbeit den Beweis dafür erbracht, wie berechtigt die sozialdemokratische Kritik ist. Die Herren Adolf Günther und René Bréot, Schüler von Lajo Ventano, die die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland bzw. Frankreich (Schilber*) fallen ein geradezu vernichtendes Urteil darüber. Günther sagt das Ergebnis seiner Untersuchungen dahin zusammen, daß infolge der Wohlfahrtseinrichtungen ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse unter einem eisernen Zwange in ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eintritt, in diesem anhaftet, unfähig, durch Ausschaffung besserer Arbeitsverhältnisse, durch Verletzung des Vertragscharakters seines Arbeitsverhältnisses, durch Koalition seine Lage von sich aus zu verbessern, daß er durch lange Kündigungsfristen oder deren gänzliches Fehlen gebunden ist, während sich der Arbeitgeber die kurzen bewahrt, daß über einen beträchtlichen Teil seines Lohnes in einer Weise verfügt wird, die seinen Wünschen nicht entspricht, daß das Dienstverhältnis auch in das außerdienstliche Leben des Arbeiters tiefes Schatten wirft, daß vor allem sein politisches Recht davon berührt wird. Und in Übereinstimmung mit ihm kommt Bréot für Frankreich zu dem Resultat, daß in der Praxis die Wohlfahrtseinrichtungen bisweilen eine Form annehmen, die nur darauf angelegt sein kann, die dem Arbeiter vom Gesetzgeber in unzweifelhafter Weise mehrfach zugesprochene Freiheit zu schmälern.

Günther, dessen Arbeit uns, da sie sich auf die deutschen Verhältnisse bezieht, am meisten interessiert, gibt zunächst eine kurze Darstellung des Rechtes der Arbeiter. Rechtlich ist der Arbeiter in Deutschland heute frei, insofern als für niemanden eine andere rechtliche Pflicht zu arbeiten besteht, als die im freien Vertrag übernommene und zu anderen als vertragemäßigen Bedingungen. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? So lange es noch keine Arbeiterbewegung gab, so lange insbesondere Organisationen der Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen noch unerheblich waren, hatte die Großindustrie ein ausgesprochenes Interesse am freien Arbeitsvertrag, denn daran, daß der Arbeiter von seinem Rechte, bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken, wirksam Gebrauch machen könnte, war damals noch nicht zu denken. Der freie Arbeitsvertrag bedeutete für die Großindustrie die einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Mit dem Augenblick aber, wo die Arbeiterbewegung so erstarkt war, daß die Arbeiter von ihren Rechten Gebrauch zu machen suchten, da tauchten unter den Arbeitgebern Bestrebungen auf, unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit ihre Arbeiter an sich zu fesseln, sie zu Fesseln zu machen, nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern in wohlverstandenen eigenen Interesse, um sich gegen Forderungen oder Verteuerung der benötigten Arbeitskräfte sicher zu stellen. Wir haben es hier nicht mit den von öffentlichen Korporationen, mitunter auch von Privaten ins Leben gerufenen Wohlfahrtseinrichtungen von rein karitativem Gepräge zu tun, sondern mit den Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber, die an die große Dürftigkeit der Familien der Arbeiter anknüpfen und den Arbeiter in Wirklichkeit rechtlos machen.

Als Mittel hierzu dient in erster Linie die Errichtung von Mietwohnungen für Arbeiter. Diese Verquickung des Wohnverhältnisses mit dem Arbeitsverhältnis bedeutet unter Umständen geradezu den Ruin für den Arbeiter. Dem scheinbaren Vorteil einer billigeren, vielleicht auch gesünderen Wohnung steht auf der anderen Seite der weit größere Nachteil der Gebundenheit gegenüber, denn in den weitaus meisten Fällen geht der Arbeiter dadurch seiner Freizügigkeit verlustig. Die Kündigungsfrist, die wesentlichste Bedingung, auf die es hier ankommt, ist entweder völlig ins Ermessen des Arbeitgebers gestellt, oder mit Gehälften des Dienstverhältnisses muß die Wohnung geräumt werden, nur selten begegnen wir eine Trennung von Arbeits- und Wohnungsverhältnis. Welche Schwierigkeiten sich daraus für den Arbeiter ergeben, ist leicht ersichtlich.

Aber nicht genug damit, daß die Arbeiter, die sich im Genusse dieser „Wohltat“ befinden, dadurch dem Unternehmer tributpflichtig werden, herrscht auch die Tendenz vor, die Söhne der Mieter zur Arbeit im gleichen Betriebe zu veranlassen; die Fortdauer des Dienstverhältnisses des Vaters wird von der Bereitwilligkeit des Sohnes abhängig gemacht, gleichfalls in ein Dienstverhältnis einzutreten. So heißt es z. B. in den Mietverträgen der Harpener Bergbau-Altiengeellschaft und der Rheinischen Anthracit-Kohlenwerke: „§ 4 Der Mieter übernimmt für sich und seine bei ihm wohnenden, dem Bergmannsstande angehörenden Söhne die Verpflichtung, während der Dauer des Mietvertrages (ein Vierteljahr) auf der Becke „Breußen I“ für den hieselbst üblichen Schichtlohn oder Gehalt zu arbeiten. Er verzichtet also für sich und erwähnten Söhne ausdrücklich auf das Recht, während dieser Periode die Arbeit zu kündigen und die Abkehr zu fordern. — Sollte Mieter solchen Verpflichtungen nicht nachkommen, oder er selbst, oder einer seiner dem Bergmannsstande angehörenden Söhne willkürlich drei oder mehr aufeinanderfolgende Schichten von der Arbeit ausbleiben, so ist die Vermieterin berechtigt, den Mietvertrag aufzuheben und die Wohnung sofort räumen zu lassen, unbeschadet aller Ansprüche, insbesondere auf den Mietzins bis zum Ablauf der Kündigungsfrist für diesen Mietvertrag.“

Denselben Zweck, sich die Arbeiter tributpflichtig zu machen, verfolgen die Arbeitgeber mit dem Mittel der Gewährung von Darlehen zum Zwecke des Kaufs oder Baues eines Wohnhauses. Der Arbeiter kann das Arbeitsverhältnis nicht lösen, wenn anders er nicht sein Haus versteigern lassen will. Das Haus, der „eigene Besitz“ hängt ihm wie ein Bleigewicht an den Füßen, er ist an die Scholle gefesselt.

Die von Arbeitgebern für ihre Angestellten errichteten Unterstützungskassen — teils Zuzustüssen zu den gesetzlichen Krankenkassen, teils besondere Pensionskassen, teils Witwen- und Waisenkassen — üben den Arbeitern gewöhnlich beträchtliche Opfer auf, ohne daß ihnen die Garantie gegeben ist, auch wirklich in den Genuss der Wohltat zu gelangen. Sehr oft sieht sich der Arbeiter gezwungen, den Betrieb zu verlassen, sei es, daß anderwärts weit günstiger Arbeitsbedingungen bestehen, sei es, daß sich für ihn keine Arbeit mehr im Betriebe findet, oder daß Differenzen mit dem Arbeitgeber entstehen. Er hat eine Reihe von Jahren sich meist sehr beträchtliche Lohnabzüge gefallen lassen müssen, in vielen Fällen jedoch erfolgt keine Rückzahlung der Beiträge, mit dem Ausscheiden eines Mitgliedes aus den Diensten der Firma erlöschen alle Ansprüche desselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse. Andere Klassen zahlen bei ordnungsmäßigem Ausscheiden aus dem Dienste die geleisteten Beiträge ohne Zinsen zurück, wieder andere einen Teil der Beiträge, ein großer Prozentsatz gewährt den infolge Kündigung der Firma ausscheidenden Mitgliedern die Möglichkeit, Mitglieder der Kasse zu bleiben, falls sie die eigenen und die Arbeitgeberbeiträge weiter bezahlen. Natürlich sind die Arbeiter dazu nicht in der Lage, sie können unmöglich eine dreifache Belastung ertragen, sich selbständig bei der Versicherungsanstalt fortversicherern, sowie ihre eigenen und die Arbeitgeberbeiträge bezahlen. Noch schlimmer wird es, wenn der Arbeiter anderswo neue Beiträge in eine Pensionkasse zahlen muß, er verzichtet dann auf die alten Ansprüche und muß, vielleicht hoch bezahlt, von neuem anfangen. Und dieser Fall ist Regel, denn der Arbeiter muß, um leben zu können, ein neues Dienstverhältnis eingehen. So ist denn die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Ansprüche durch Zahlung auch der Arbeitsbeiträge in der Praxis völlig wertlos, diese „Verpflichtung“ bedeutet genau dasselbe, als wenn der Arbeiter seine Rechte verliert, ohne die Beiträge erstattet zu bekommen.

Bei anderen Formen der Wohlfahrtseinrichtungen, den Prämien, den Lohnzusätzen und der Gewinnbeteiligung, haben wir es lediglich mit Modifikationen des Lohnsystems zu tun, die im wesentlichen den Zweck haben, die Bestimmung des Arbeiters zu festigen und ihn während längerer Zeit im Arbeitsverhältnisse festzuhalten. Die Lohnzusätze sind entweder Gratifikationen, deren Gewährung durchaus vom Willen des Arbeitgebers bzw. unterer Beamten abhängig ist, oder auch es handelt sich um Lohnzusätze für schlechte Zeiten auf Kosten des in guten Zeiten erhaltenen Lohnes. So heißt es z. B. in der Stummischen Arbeitsordnung: „Kommt eine im Accord arbeitende größere Arbeiterabteilung in einem Monate mit einem ungewöhnlich hohen Lohn heraus, so bleibt es vorbehalten, den einen mit der betreffenden Abteilung zu vereinbarenden Prozentsatz übersteigenden Betrag als Reservefonds anzusammeln, der bei schlechtem Herauskommen der Abteilung in den folgenden Monaten zurückvergütet wird.“ Nun werden aber aus diesem Reservefonds nicht die Löhne einzelner Arbeiter persönlich ergänzt, sondern die betreffende Kolonne erhält die Aufbesserung im ganzen. Wenn z. B. eine Kolonne im Januar Lohnüberschuß hatte, so wurde der Ueberschuß einbehalten; kam dann im März ein Lohnausfall, so erhielt die

Kolonne denselben aus dem Ueberschußfonds gedeckt. Es konnten aber aus dieser Kolonne Anfang Februar einige Leute in eine andere Kolonne versetzt worden sein. Diese hatten dann ihren Ueberschuß umsonst abgegeben, denn die März-Ausbesserung kam ihnen nicht zugute, sondern ihren Gesammten. Wenn jemand ganz aus dem Werte anschieb, so hatte er natürlich auch seinen Ueberschuß ganz verloren. Die Arbeiter werden also durch diese Art von Wohlfahrtseinrichtung getäuscht, vielfach sogar direkt betrogen. Das gleiche gilt auch von dem Prämienwesen. Gewöhnlich handelt es sich dabei um eine Verrechnung von Dienstalters- und Produktionsprämie. Die Prämie ist einerseits an eine bestimmte Mehrleistung, andererseits an das Ausbleiben im Dienste während einer bestimmten Zeit gebunden. Der Arbeiter wird also zu einer bestimmten, oft sehr erheblichen Mehrleistung veranlaßt, ohne daß er die Sicherheit hat, hierfür auch ein entsprechendes höheres Entgelt zu erlangen. Mit Recht bemerkt der württembergische Gewerbe-Inspektor: „Die Gewährung von Prämien an die Arbeiter ist eine Wohlfahrtseinrichtung sehr zweifelhafter Natur. . . Für die große Masse der Arbeiter ist das Prämienwesen nur schädlich, weil die Erlangung von Prämien von einer Reihe von Faktoren abhängig ist, die dem Einflusse des Arbeiters entzogen sind.“ Auch die Gewinnbeteiligung, die auf den ersten Blick etwas Bestehendes hat, ist ein zweischneidiges Schwert. Zunächst geht der Einfluß der Gewinnbeteiligung vielfach eine Lohnherabsetzung voraus, so daß also der in Form der Gewinnbeteiligung bezahlte Lohn tatsächlich nur einen Teil des Gesamtlohnes bildet. Aber der Arbeiter, der vor der Rechnungslegung und der Verteilung aus dem Dienste ausscheidet, geht seines Anspruches verlustig. In einer ganzen Reihe von Arbeitsordnungen findet sich die ausdrückliche Bestimmung, daß, wer mit ArbeitsEinstellung droht, wer andere dazu zu verleiten sucht, wer streikt, wer sich Bestrafungen gegen die Fabrikordnung zuschulden kommen läßt u. dergl., dadurch jeden Anspruch auf Prämien verliert. Also nicht nur, daß die Garantie eines Mehreinkommens gegenüber der Mehrleistung bei den Prämien, den Lohnzusätzen und der Gewinnbeteiligung meistens nicht gegeben ist, bieten auch diese scheinbaren Wohlfahrtseinrichtungen in der Hand von Arbeitgebern ein Mittel, die Arbeiter sich tributpflichtig zu machen und sie durch Hunger zum Verzicht auf ihre gesetzlich gewährleisteten Rechte zu zwingen.

Sagen wir schließlich noch dazu, daß auch bei der letzten der von Günther besprochenen „Wohlfahrtseinrichtung“, dem Konsumantentage, die Arbeiter häufig genug gequält werden, insofern als diejenigen, die im Laufe eines Geschäftsjahres die Arbeit verlassen und damit aus dem Konsumverein ausscheiden, auf jeden Anspruch auf Dividende für das betreffende Geschäftsjahr verzichten müssen, so dürfte der Beweis erbracht sein, daß tatsächlich der ganze Wohlfahrtsschwindel nichts ist als eine Fesslung und Verhöhnung der Arbeiter. Die Arbeitgeber geraten, ohne daß sie es sich etwas kosten lassen, in den billigen Ruf, ihren Arbeitern Wohlthaten zu erweisen, sie lassen sich als Wohlthäter feiern und dabei wissen sie sehr wohl, daß die Sache sich umgekehrt verhält und daß im Grunde genommen nicht die Arbeiter, sondern sie selbst die einzigen Empfänger der Wohlthaten sind.

Politische Standesheben.

Deutschland.

Von der preussisch-deutschen Gastfreundschaft. Als „lästige Ausländer“ wurden vom Polizeipräsidenten zu Berlin vier russische Staatsangehörige, die Arbeiter Organski, Donowski und Rymarski und das 21-jährige Lehrlingsmädchen Emma Wenger, ausgewiesen. Wegen „Unsauberkeit und Unzufriedenheit“ wurden durch Verfügung des Amtsvorstehers des Amtes Groß-Neftin in Plauenhin, Regierungsbezirk Köslin, die Schnitter Franz Kolodziejki und Michael Sewandowski über die Grenze abgeschoben. — Jetzt kann man in Preußen wieder ruhig schlafen. Und das verdankt man allein der famosen Bülowbeife: Wegen die „Schworer und Verschwörer“.

Ein bezeichnender Zwischenfall ereignete sich auf dem Parteitag des Zentrums in Straßburg, als Dr. Borich sich für die Wiederherstellung des seit 35 Jahren glücklich beseitigten „Kirchenstaates“ ins Zeug legte. Als der Präsident den Antrag zur Abstimmung bringen will, meldete sich der Rechtsanwalt Dr. Stieve. Babern zum Wort. Stieve vertrat in dem bekannten Alberschweiler Freiwahlverfahren vor der Strafammer in Straßburg sowohl als auch später vor dem Oberlandesgericht in Kolmar die Verankertung jener Prozedur, die einen nahezu nackten Knaben als Zuzustand verwandt hatten und daraufhin von dem evangelischen Pfarrer Sacchburg der Unfruchtbarkeit beschuldigt worden waren. Auf dem Parteitag erging sich Stieve in maßlosen Angriffen gegen den Protestanten. (Dabei sollen namentlich die „Katholikentage“ dem konfessionellen Frieden dienen!) Er stellte unter

* Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich. Von Adolf Günther und René Bréot. Leipzig, Duncker u. Humblot 1905.

anderem die Forderung auf, daß Kaiser Wilhelm katholisch werden müsse und sich außerdem als Herzog von Lothringen ausruhen lassen solle, während dem Papste die Rettung der deutschen Reichsgeschäfte gebühre. Stievers' Auftreten stand im Zusammenhang mit einem geheim gehaltenen Antrage, den er zur römischen Frage gestellt hatte und zu begründen beabsichtigte. Er führte aus: Er habe gegen den Vorstandsantrag nichts einzuwenden. Es frage sich aber, ob die Generalversammlung in ihren Forderungen nicht viel weitergehen solle. (Nein, nein! Unruhe). Dr. Stievers: Ich frage den Herrn Präsidenten, ob ich meinen hierzu gestellten Antrag verlesen darf. Präsident: Nein. Dr. Stievers: Dann darf ich wohl fragen, ob er bereits abgelehnt worden ist? Präsident: Nein, aber die Versammlung wünscht den Antrag vor sich anzunehmen. Ueber Ihren Antrag wird im Ausschusse beraten werden. Ich frage die Versammlung, ob sie dem Antrag Vor sich zustimmen will? (Allgemeiner Ruf: Jawohl! Schluß!) Darauf trat Dr. Stievers unverrichteter Dinge wieder ab. — Nach diesem die Annahme mancher Zentrumsmännchen charakterisierenden Zwischenfall brachte alsdann der Abgeordnete Gröber die Gnesener Kaiserrede auf Tapet. Der Kaiser habe dort gesagt „Freiheit für jeden in Sitte und Religion“. Nach diesen erhabenen Worten des Kaisers müssen die Jesuiten und die Damen vom heiligen Herzen Jesu vor allem nach Deutschland zurückkehren dürfen. (Langanhaltender Beifall). Im übrigen bewegten sich die Reden in dem bekannten Gleise. Die Parteilage des Zentrums leidet unter ihrer Häufigkeit. Es kann nichts Neues mehr vorgebracht werden.

Die internationale Sozialdemokratie als Friedenshort. Die europäischen Völker beginnen immer mehr die Sozialdemokratie als die einzige wahre Schlichterin des Friedens zu betrachten und zu schätzen. So veröffentlicht der Londoner „Labour Leader“ jüngst aus ihrem Leserkreise, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, Webel und Jaures möchten doch dem Verlangen der englischen Arbeiter folgen und zusammen England besuchen. Diese internationalen Rundgebungen würden dazu beitragen, die drei Völker einander näher zu bringen. Den herrschenden Gewalten würde damit gezeigt, daß ein fester und dauernder Frieden nicht auf Bajonetten, Kanonen und Kriegsschiffen beruhe, sondern auf der internationalen Verbrüderung der Völker. Im gegenwärtigen Moment, wo die Regierungen von England und Deutschland ohne Wissen und gegen den Willen der Völker in der unverantwortlichen Weise mit der Kriegsgefahr spielen, würde eine solche Rundgebung des internationalen Proletariats von großer Bedeutung sein.

Der Reichskanzler läßt sich „richtig stellen“. Die Antwort, die der Reichskanzler den Bürgermeistern des schlesischen Industriegebietes auf ihre Eingabe wegen Vermehrung des Kontingents der aus Rußland einzuführenden Schweine erteilt hat, ist, wie unsere Leser wissen, zum Gegenstande lebhafter Erörterungen gemacht worden. Jetzt veröffentlichen offiziöse Febern, es habe sich „nunmehr herausgestellt“, daß der „richtige Wortlaut“ der Antwort nicht bekannt geworden. Es sei nicht zutreffend, was mitgeteilt ist, daß die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine ressortgemäß „nur“ dem Landwirtschaftsminister zustünde und daß er zu seinem „größten“ Bedauern die Herrin bitten müsse, von dem beabsichtigten Besuche Abstand zu nehmen. Die „Kreuzzeitung“ behauptet, sie sei in der Lage, festzustellen, daß die Antwort folgendermaßen gelautet habe: „Die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine steht naturgemäß dem Herrn Landwirtschaftsminister zu. Nachdem dieser nach eingehender Erwägung und Prüfung sowohl der gegenwärtigen Preis- und Absatzverhältnisse als auch der Interessen des Konsums eine Erhöhung des Kontingents abgelehnt hat, sehe ich mich außer Stande, Ihren Wünschen zu entsprechen, und muß daher zu meinem Bedauern bitten, von einem Besuche bei mir Abstand zu nehmen.“ Das konservative Blatt bemerkt dazu: „Die oben durch den Druck hervorgehobenen Worte „nur“ und „größten“ sind also in der Antwort nicht enthalten, und demnach werden die Folgerungen hinfällig, die liberale Blätter gerade aus diesen Worten haben ziehen wollen. Insbesondere hat Fürst Bülow weder seine Dignität gegenüber dem Landwirtschaftsminister anerkannt, noch hat er zu erkennen gegeben, daß er in der Sache auf der Seite der Wittsteller stehe. Er hat diesen nur in höflicher Form erwidert, daß er keinen Anlaß habe, auf eine Aenderung der Entscheidung des Landwirtschaftsministers hinzuwirken, und deshalb die gewünschte mündliche Erklärung für zwecklos halte.“ Das ist doch nur eine recht naive Wortklauberei. Angenommen, diese „Berichtigung“ sei richtig — uns scheint sie sehr willkürlich gemobelt — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Reichskanzler sich dem preussischen Landwirtschaftsminister untergeordnet, ihn als alleinige Autorität in der streitigen Frage anerkannt hat. Wenn Bobbelski „naturgemäß“ zu entscheiden hat, dann hat Bülow „naturgemäß“ einfach nichts zu sagen.

Ostafrika. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt in einer Betrachtung der Ursachen des Aufstandes: „Die Hauptsache in Afrika bleibt nach wie vor, den Respekt des Schwarzen vor dem Weißen aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu verstärken. Er darf nie das Gefühl verlieren, daß er der Untertan und der Weiße der Herr sei. In dieser Beziehung befinden sich die weißen Bewohner nicht in Uebereinstimmung mit der Verwaltung; sie geht ihnen nicht streng genug gegen den Neger vor.“ — Damit verrät das edle Blatt seine Sehnsucht nach Beuten vom Schlege eines Hänge-Peters und eines Arenberg und ähnlicher „Träger deutscher Kultur“. Eine solche Erhebung ist stets ein Zeichen, daß die Erbitterung unter den Eingeborenen seinen Höhepunkt erreicht hat. Es wäre merkwürdig, wenn die Erbitterung unter den Eingeborenen eine Folge von „zu humaner“ und „zu milder“ Behandlung sein sollte.

In Hamburg sehen gute Kenner der Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika die Lage sehr ernst an. Der „Hamburger Korrespondent“ erzählt, daß der in Uival ermordete Kaufmann Nimer der Plantagenverwalter der Hamburger Firma Traun, Smerken u. Co. war, die die bedeutendste Firma in Ostafrika ist. Inwiefern Plantagenbesitzer verhaftet wurden, darüber fehlen die Nachrichten noch aus. Sollte auch im Norden der Stämme der Wahse losbrechen, so würde, wie das Blatt bespricht, eine wahre Katastrophe bevorstehen.

Der Kommandant des „Buffard“ meldet unter dem 22. August: Oberleutnant zur See Paasche hat den Angriff der Nicht-Deute auf sein Lager am 19. und 20. August erfolgreich zurückgeschlagen. Er meldet, daß alles wohl sei, und er nordwestlich nach Nowon weiter vorgeht. Am 25. August trifft voraussichtlich eine Abteilung der Schutztruppe in Nyambwill ein. Der Aufstand hat sich südlich von Kitima bis zum Abenkurum-Fluß an der Grenze des Vindi-Reichs ausgebreitet.

Eine weitere Hubschiff meldet die „Nordb. Allg. Sig.“: Ueber die Lage im Gebiet südlich von Menemorang berichtet Gouverneur Graf Wögen, daß dort Anzeichen von Unbotmäßigkeit hervorgetreten sind, die ihn veranlassen, den Bezirkskommandanten Wöber, Hauptmann Jond und 95 Mann dort zu belassen. Aus der Namtumbirgen ist Major Johannes für seine Person nach Dar-es-Salaam zurückgekehrt. Er hat gemeldet, daß dort die Ordnung aufrecht erhalten werden könne, wenn eine Kompanie bis auf weiteres dort bleibe.

Man kann heute schon mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß Ostafrika für Deutschland ein zweites Südwestafrika wird!

Nationalsoziale Schmeicheltänzer. In Essen landliert für die Nationalliberalen der Rechtsanwalt Meyer, der dem nationalsozialen Kränzchen angehört. Für die Essener Bedürfnisse nun wurde dieser Kandidat der Ordnung je nach Bedürfnis bald national, bald liberal, bald sozialistischer. Jetzt veröffentlichten nun die Gegner folgenden allerliebsten Schmeicheltänzer aus dem nationalsozialen Bureau, gerichtet an den Essener Sekretär der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Jacob, der merkwürdigerweise — zur großen Freude der mit den Gewerkschaften verbundenen Volksparteier — den Weg an die Öffentlichkeit gefunden hat:

„Die Hilfe“.

Herausgeber: Barrer Naumann.

Schöneberg-Berlin, 7. 6. 1905.

Sehr geehrter Herr Jacob!

Anbei folgen mit bestem Dank die Berichte über die Essener Versammlung zurück. Wie Sie aus der „Hilfe“ entnehmen haben werden, ist daraus ein kurzer Besammlungsbericht unter „unserer Bewegung“ geworden. In Sachen der Kandidatur in Essen muß sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden. Wenn die Nationalliberalen an einen Erfolg für eine eigene Kandidatur glaubten, dann würden sie wahrscheinlich aus dem Wahlkreis nicht anbieten, daher müssen Sie sehen, einerseits die Nationalliberalen zur Unterstützung unserer Kandidatur zu verpflichten und andererseits jeden Anstoß zu vermeiden, als ob unser Kandidat mit nationalliberaler Politik etwas zu tun hätte. Dies ist natürlich eine schwierige Sache, aber hieran hängt der ganze mögliche Erfolg.

Mit bestem Gruß

Dr. Eugen Kay.

Es ist seit jeder nationalsoziale Partei, zwischen den Parteilagern sich hindurch zu machen. Aber so — treuherzig schreibt man doch nicht, Herr Dr. Kay. Fast noch hübscher aber ist die stillische Empörung des Organs der freikämpfigen Volkspartei, die eben erst ihren Harbort auf die Welse durchgebracht hat, daß er mit Hilfe des Reichsverbandes allen bürgerlichen Parteien sich „voll und ganz“ angeschlossen!

Gegen den Fleischwucher protestierten Massenversammlungen in Frankfurt a. M., München und Breslau. Die Solinger Stadtverordneten beschlossen einstimmig die Absendung einer Petition an den Reichskanzler, in der dieser um Aufhebung der Viehgrenzsperrung ersucht wird.

Rußland.

Strafgezwungen. Die Mannschaften des ersten Garde-Husaren-Regiments in Jarosko Sselo warfen Dienstagmorgen ihre Unteroffiziere aus der Kaserne hinaus. Sie schloffen darauf die Tore und ließen niemand hinein, auch ihren Oberst nicht, der zu ihnen sprechen wollte. Die Husaren führen Beschwerde, sie würden von den Unteroffizieren um ihren Sold und ihre Rationen bestohlen.

Neuer Revolutionärsstoff. In Moskau wurden am Montag 26 Offiziere unter der Beschuldigung verhaftet, auch nach Veröffentlichung des Zarenmanifestes über die Duma weiter für politische Reformen zu agitieren.

Bombenexplosion. Dienstag explodierte in Tiflis eine Bombe, wobei ein Haus völlig zerstört und zwei unbekannte Männer getötet wurden. Unter den Trümmern fand man noch 36 Bomben und mehrere Kilogramm Dynamit.

Ein Mord. Als in Duto bei Lody Kojaten eine Arbeiterversammlung von 2000 Personen auseinanderzueilen wollten, gaben die Arbeiter Schüsse ab, worauf die Soldaten durch zwei Salven 3 Personen töteten und mehrere schwer verletzten. Mehr als 400 Arbeiter wurden verhaftet.

Singerichtet. In Radom wurde der Polizeimeister, auf den bereits vor 2 Wochen ein Attentat verübt wurde, auf der Straße durch einen Schuß getötet. Auf den Dörfern Sokolowic und Woddy wurden zwei Polizisten getötet.

Die Angst vor der Revolution. Der russische Landrat und Kreischef Baron Mahbell, dessen Güter im Gouvernement Siulan von Bauern niedergebrannt wurden und der infolge Verurteilung zum Tode durch das anarcho-sozialistische Komitee aus Rußland floh, hat sich infolge erneuter Drohungen, falls er nach Rußland zurückkehren sollte, in der Nähe eines Sanatoriums in Essenach, in dem er seit Juni wohnt, durch einen Schuß in die Schläfe getötet.

Auf 52 Strecken der russischen Staatsbahnen wird gestreift. Auf der Weichselbahn ruht der Verkehr auf allen vier Zweigen. Die Unterbrechung der Verbindung Warschau mit Petersburg ist sündlich zu erwarten.

Oesterreich-Ungarn.

Es bleibt wie's war. Die in Jiskl unter dem Vorherrschaft des Kaisers abgehaltene Konferenz wird an dem bestehenden Wirrwarr nichts ändern. Wie gemeldet wird, wurden für die Eventualität, daß bis zum Wiederauftritt des ungarischen Reichstages keine Lösung der ungarischen Krise eingetreten ist, die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Die Lösung wird aber ausbleiben, denn es wird betont, daß eine Aenderung in der Auffassung der maßgebenden Kreise hinsichtlich der militärischen Frage seit dem Beginn der ungarischen Krise nicht eingetreten ist.

Schneidig! Als kürzlich ein Leutnant Borst mit Namen in Kaschau ein Mannschafszimmer betrat, gebot ein Reservist anstatt in deutsch-magyarischer Sprache Achtung. Der Offizier rückte dies und befahl den Reservisten zum Regimentappell. Ein hiesiges Blatt erzählt diesen Vorgang. Borst erschien darauf mit einigen Kameraden in der Redaktion des Blattes und ohrfeigte den Redakteur. Es entstand eine Meuterei, an der auch das herbereitende Personal teilnahm. Die Offiziere zogen blank, und der Redakteur gab einen Revolvererschuss auf Borst ab. Die Kugel prallte aber von dem Knie des Säbels zurück. Der Redakteur, sowie Leutnant Borst wurden leicht verwundet; ein Säger aber wurde durch einen Säbelhieb schwer verwundet.

Der beleidigte Zar. Der Kaiser „Naprzog“ wurde vom dortigen Landverwalter wegen Beleidigung des Zaren konfisziert. Ja dem Erkenntnis heißt es, daß der Kaiser von Rußland in dem konfiszierten Artikel dem öffentlichen Spott ausgesetzt sei. — So hat Nikolus in der weiten Welt außer bei der preussischen Regierung wenigstens noch an einer Stelle auf Sympathie und Wohlwollen zu rechnen, nämlich bei den polnisch-galizischen Staatsanwälten und Richtern.

England.

Ein drohender Basutofeldzug in Britisch-Südafrika. Die unruhige Stimmung, die sich gegenwärtig unter den Eingeborenen-Stämmen in den deutschen Schutzgebieten der südlichen Hälfte des schwarzen Erdteils im Westen sowohl wie im Osten bemerkbar macht, schließt auch auf britisch-südafrikanisches Gebiet überzugreifen zu wollen. Das Basutoland, das in der Zeit des Transvaalkrieges viel genannt wurde, soll infolge des Todes des Oberhäuptlings Verohob vor ernstlichen Unruhen stehen. Aus London wird hierüber geschrieben: Die Basutos, die sich zu Tausenden bei Wasser versammelt haben, um an dem Verhängnis des Hauptlings Verohob teilzunehmen, sind in einen lebhaften Streit über die Frage geraten, wer der Nachfolger des Hauptlings Verohob sein soll. Bisher folgte stets der älteste Sohn dem verstorbenen Vater, aber in diesem Falle weigert sich ein großer Teil der Basutos, den ältesten Sohn Verohobis anzuerkennen, da derselbe wegen seiner brutalen Willkür verhaßt ist. Verschiedene Hauptlinge haben sich für jüngere Brüder des verstorbenen Verohobers entschieden. Die Basutos können 50 000 außerordentlich tüchtige Kämpfer aufstellen und wenn es zwischen ihnen zum Kampf kommen sollte, so würde England in der unangenehmen Lage sein, einschreiten zu müssen. In Mafeni leben annähernd 200 Europäer, die alle Regierungsbeamte sind. Der verstorbenen Verohob hatte übrigens während des südafrikanischen Feldzuges den Engländern einen großen Dienst dadurch erwiesen, daß er die kriegsrischen Basutos von der Teilnahme an Feldzug zurückhielt, trotzdem die Versuchung für sie eine sehr große war, da englische Garnisonen an der Grenze ihres Landes vor ihren Augen von den Buren belagert wurden. — So machen sich die unheilvollen Folgen der Kolonialpolitik allenthalben bemerkbar.

Rußland und Japan.

Die Friedenskonferenz tagte gestern Vormittag und Nachmittag. Offiziell wird erklärt, in der Vormittags-sitzung seien Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Wortlauts des Protokolls entstanden. Es wurde dann beschlossen, das Protokoll im ganzen zu verlesen und über die strittigen Punkte in der Konferenz zu entscheiden. Die Arbeit war bis zur Mittagspause noch nicht vollendet. Die Nachmittags-sitzung der Friedenskonferenz dauerte 1 1/2 Stunden; sodann wurden die Beratungen bis zum Sonnabend vertagt.

Der offizielle Bericht über die gestrige Beratung der Friedenskonferenz besagt, die Protokolle wurden in gebührender Form unterzeichnet.

Ueber eine dramatische Szene aus den Friedensverhandlungen wird dem „E. T.“ aus London berichtet: „Die Meinung verschiedener Mütter, daß Roosevelt dem russischen Delegierten Rosen ein Schiedsgericht bezüglich der Frage der Kriegsentwöhnung vorgeschlagen habe, war natürlich unrichtig, nachdem die Russen erklärt hatten, daß die Forderung einer Selbstentscheidung gegen Rußlands nationale Ehre verstoße. Aber auch auf Sachalin konnte sich der Vorschlag Roosevelts nicht beziehen, da Rosen dem Präsidenten mitteilen konnte, daß Sachalin wahrscheinlich kein unüberwindliches Hindernis für den Frieden sein würde. Die Szene war überaus dramatisch, als Witte die gesamte Friedensfrage auf eine Geldfrage reduzierte. „Nehmen Sie einen Augenblick an“, sagte Witte erregt zu Komura, „die Frage wegen Sachalins wäre für beide Teile in zufriedenstellender Weise gelöst, die Insel würde de jure permanent in Ihren Besitz übergehen, wie dies jetzt de facto der Fall ist; nehmen Sie an, zwischen uns und dem Frieden stände nichts als die Geldfrage. Würden Sie die Geldfrage aus der Liste ihrer Vorschläge streichen? Hierauf kam von der japanischen Seite das überraschende Anerbieten, Rußland solle die Hälfte von Sachalin für einen Preis, der der Kriegsentwöhnung entspricht, zurückkaufen. Mit erhobener Stimme erwiderte hierauf Witte, „in keiner Weise, in keiner Form und unter keiner Bedingung werde Rußland dazwischen willigen, Japan seine Kriegskosten zu erstatten.“ Für erwiesene Dienste“, fügte Witte hinzu, „haben wir liberale Selbstbelohnungen, für zugesagtes Leid eine andere Art des Entgelts.“ — Den großen A und B verstehen die Russen aus dem H zu gebrauchen. Allerdings entsprachen ihre Kriegstaten bisher nicht den rechnerischen Leistungen.

An die Parteigenossen des Agitationsbezirks Schleswig-Holstein, Hamburg, Lauenburg und Lübeck.

Die Agitationskommission zu Neumünster hat unter Hinzuziehung der Vorstände sämtlicher Wahlkreise des Agitationsbezirks zu dem vom Parteivorstand in Berlin veröffentlichten Organisationsentwurf Stellung genommen. Hierbei ist der Entwurf nur in Hinsicht auf die Frage geprüft worden, wie weit durch seinen Inhalt unsere jetzigen und zukünftigen Organisations-, Agitations- und Finanzverhältnisse

in der Provinz berührt werden. Wir haben es uns auf das strengste unterlagt, zu anderen als solchen Punkten Stellung zu nehmen, wohl aber beschloffen, nachstehenden Antrag an den deutschen Parteitag allen Delegierten des Agitatorenbezirks auf das dringlichste zur Vertretung anzuhängen.

Der Antrag lautet:
Die Agitationskommission zu Neumünster, sowie die Vorstände der Organisationen der 10 schleswig-holsteinischen Wahlkreise und des Häfsterums Lübeck stellen zum Delegationskongress folgende Anträge:

1. Der Parteitag wolle dem § 10 folgende Fassung geben:

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreisorganisationen haben von den sich aus den laufenden Monatsbeiträgen ergebenden Einnahmen mindestens 30 Proz. an den Bezirksverband abzuführen. Von diesen Einnahmen sind von den Bezirks- resp. Landesorganisationen 33 1/2 Proz. an die Zentralkasse zu überweisen. Die Vertrauenspersonen können freiwillige Beiträge entgegennehmen und durch besondere Verträge quittieren. Soweit es sich dabei um freiwillige Beiträge an die auf Grund des § 9 des Organisationsstatuts gebildeten Organisationen handelt, müssen die Vertrauenspersonen eine dem Verhältnissen entsprechende Summe regelmäßig an den Bezirksverband resp. die Zentralkasse abführen.

2. Der Parteitag wolle dem § 11 folgende Fassung geben:

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

3. Der Parteitag wolle dem § 13 folgende Fassung geben:

§ 13. Die Vorsitzenden der Kreisvereine und, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen, geben alljährlich bis zum 15. Juli einen Bericht, der vom Bezirksverband revidiert und von diesem dem Parteivorstand eingereicht wird.

4. Der Parteitag wolle innerhalb der §§ 7 bis 14 des Entwurfs

- a) eine Umstellung vornehmen, so daß sich in einer Reihenfolge befinden die bisherigen Paragraphen 7, 8, 9, 11, 12, 14, 10, 13.
- b) Die Ueberschrift „Vertrauenspersonen über § 11 streichen.“

Soweit die von uns empfohlenen Anträge, deren Vertretung im Interesse unserer Provinzorganisation liegt.

Wichtig ist jedoch, daß die Unterstützung dieser Anträge keinem Wahlkreis und keinem Delegierten das Recht rauben soll, außerdem für Aenderung nicht berührter Punkte des Organisationsentwurfs nach eigener Willkür einzutreten.

Die Agitationskommission.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 24. August 1906.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Bezug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Abonnementfang. Es gibt leider noch recht viel Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch allerlei Versprechungen ködern lassen und ihre sauer verdienten Groschen für Zwecke opfern, die auf direktem Wege viel bequemer und besser zu erreichen sind. Hierher gehören vor allem auch die Verwirrungen und Verwirrungen gewisser Zeitungen. Wir haben in Lübeck bekanntlich ein solches Organ, das, weil es sonst an Abonnentenschwindeln leiden würde, zu einem Mittel greift, das mit dem Zweck einer Zeitung in gar keiner Beziehung steht, das aber vielleicht zugänglicher ist, eine beträchtliche Anzahl Abonnenten anzulocken. Eine Zeitung ist doch dazu da, ihre Leser über die täglichen Vorgänge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete anzusprechen und nur, wenn sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, greift sie zu Versicherungseinrichtungen und ähnlichen Mitteln, um die Leser, die infolge des wenig geistreichen Inhalts der Zeitung abzuspringen drohen, durch allerlei Versprechen wieder an sich zu fesseln und neue Abonnenten einzufangen. Daß man dabei hauptsächlich auf die Arbeiter spekuliert, mag daher kommen, weil man glaubt, die Arbeiter seien am meisten gezwungen, materielle Vorteile zu suchen. Falsch ist diese Spekulation nicht, das zeigt der Abonnentenstand mancher solcher Blätter, aber als lobens- und nachahmenswert kann sie auch nicht bezeichnet werden, weil meist nur solche Personen ins Netz gehen, denen alles weitere Nachdenken einigermaßen schwer fällt, die eine Zeitung nicht deshalb abonnieren, um sich über die Tagesereignisse zu unterrichten und um etwas zu lernen, sondern die, die sich lediglich von dem Versprechen auf etwaige „Vergütung“ blenden lassen. Diese Tatsachen weisen allerdings weder auf derartige Zeitungen, die damit beweisen, daß sie auf andere Weise die Leser nicht befriedigen, noch auf derartige Leser, die ohne besondere Ueberlegung handeln, ein günstiges Licht. In der Regel müssen solche Abonnenten erst tot oder doch mindestens zum Krüppel geworden sein, bevor sie Anspruch auf eine derartige „Vergütung“ haben. Wie gleichgültig mitunter solche Personen handeln, geht u. a. daraus hervor, daß viele unter ihnen die Bedingungen, wonach sie auf eine Entschädigung Anspruch haben, gar nicht kennen, oder häufig genug nicht verstehen. Aber nicht nur bei Tod oder schwerem Unfall wird von gewissen Zeitungen „Vergütung“ in Aussicht gestellt, sondern auch bei andern Anlässen. Uns liegt z. B. eine Zeitschrift vor, die in Frankfurt a. M. verlegt wird und den schönen Titel „Humanität“ führt. Ein Haufen Proletariat ist auf dem Titelblatt abgebildet, von denen einer ein Schild mit der Aufschrift „Arbeitslos“, ein anderer eine Fahne mit der Aufschrift „1000 Mk.“ trägt. Der Preis der Schrift ist auf wöchentlich 20 Pf., also auf jährlich 10,40 Mk. festgesetzt und für dieses Geld braucht man nicht nur eine Anzahl abgestandener sogenannter Witz- und Humoresken zu lesen, sondern der Abonnent dieses Blattes hat auch noch eine Lotterievergünstigung bei der preussischen

Klassenlotterie und „genießt außerdem noch den weiteren Vorteil“, bei eintretender Arbeitslosigkeit unterstützt zu werden. Neben dem Anreiz zum Lotteriespiel muß also auch das Versprechen der Arbeitslosigkeit erhalten; beides sichert natürlich dem Verlag den gewünschten Erfolg. Der Lotteriegutschein wird aber nur in derjenigen Nummer der Wochenschrift beigelegt, die acht Tage vor der Ziehung als neueste Ausgabe erscheint und an die Arbeitslosenunterstützung kann derjenige, der mindestens ein Jahr Abonnement ist und „allen in den Abonnementbestimmungen näher bezeichneten Verpflichtungen nachkommt und regelmäßig „Humanität“ bezieht und bezahlt“, 28 Mk. nach drei- und mehrjährigem Abonnement sogar 34 Mk. beziehen. Das schmeckt ist aber, daß, sofern die Abonnenten durch die Vertreter des Verlags oder deren Voten nicht pünktlich bedient werden, der Verlag hierfür keine Verantwortung übernimmt, obgleich der nicht regelmäßige Bezug der Wochenschrift und unpünktliche Zahlung des Abonnements sofort aufhebt. Also Nachlässigkeit seiner eigenen Vertreter gibt dem Verlag die Möglichkeit, den Abonnenten alle versprochenen Vergünstigungen zu verweigern. Wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen werden sich trotz alledem als Abonnenten fangen lassen! Würden sie ihre sauer verdienten Groschen, statt in solche unsichere Privat-Unternehmen zu stecken, ihren Gewerkschaften zuführen, um sich dort gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit einigermaßen zu schützen und würden sie, statt geistlose Zeitschriften und Zeitungen zu lesen, ein Blatt halten, das ihre Interessen energisch wahrnimmt und sie aufklärt, so würden sie damit sich selbst schützen und manchen Unfug, wie er vor allem in einem derartigen Abonnementfang unschwer zu erkennen ist, im Keime erlösen.

Die Lübecker Wahlrechtsverschlechterung und der Massenstreik. In einer Parteiverammlung in Dresden-Altstadt beschloß sich Gen. Redakteur Niemann auch mit dem von Gen. Stagenlein den Lübecker Genossen empfohlenen Vorschlag der Umbenennung des Generalstreiks bei der Wahlrechtsverschlechterung. Nebenher wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag. Von einem tiefen Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse zeugt derselbe nicht.

Zu denjenigen Organen, welche zu Wahlzeiten ihre Arbeiterfreundlichkeit betonen, gehört auch die „Eisenbahnzeitung“. Wie es nun mit dieser „Arbeiterfreundlichkeit“ bestellt ist, geht aus folgender Notiz des Sozialistischen Korrespondenten der „E. S.“ vom 23. ds. hervor:

„Die Lohnfrage in unserer Fischindustrie beschäftigt zur Zeit Arbeitgeber und Arbeiter. Die ersten haben den in den Betrieben beschäftigten Personen ein Ultimatum gestellt, sich bis heute schriftlich zu erklären, ob sie die Arbeit fortsetzen wollen, andernfalls wird die Kündigung eintreten. Die „freien“ Arbeiter haben zum größten Teile ihre Erklärungen im Sinne der Arbeitgeber abgegeben, von den „Genossen“ aber werden verschiedene auscheiden müssen, vielleicht, um es später bitter zu bereuen. Unsere Räucherer scheinen sich diesmal einig zu sein und wie man hört, wollen sie sich von der „Johannisstraße“ keine Vorschriften machen lassen.“

Diese Notiz ist in der Tat zu dünn, um einer Kritik gewürdigt zu werden. Sie kennzeichnet aber recht treffend die alte Tante an der Obertrave!

Schwere Stürme haben in den letzten Tagen in der Döse geherrscht. Die Folge war eine enorme Verspätung der hier erwarteten Dampfer. So traf der finnische Dampfer „Linnea“ mit über 24stündiger Verspätung hier ein.

Ein neues Postamt wird am 1. September unter der Bezeichnung „Lübeck 5“ in der Vorstadt St. Lorenz eröffnet.

Bevölkerungsbewegung im Monat Juli 1905. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübecker Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 91 gegen 61 im Vormonat (87 im Juli 1904). Lebendgeburten erfolgten 268 gegen 225 im Vormonat (262 im Juli 1904). Unehelich geboren wurden 29, totgeboren 9 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 128 gegen 129 im Vormonat (116 im Juli 1904). Mehr geboren als gestorben sind 130, gegen 96 im Vormonat (146 im Juli 1904). In den ersten 6 Monaten dieses Jahres war die Zahl der Eheschließungen 472 (gegen 446 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten 1806 (1775), der Sterbefälle 1087 (897), der Geburtenüberschuss 719 (878).

Aus dem Gerichtssaal. Der 58 mal vorbestrafte Arbeiter H. stahl einem betrunkenen Stellmacher, der auf einer Bank am Burgfelde saß, dessen Uhr nebst Kette. Bei dem Versuch, dieselbe an den Mann zu bringen, wurde er am nächsten Tage verhaftet. Urteil der Ferienstrassammer: 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Einen Schlafkollegen behalt der Schlossergeselle F. — um ein Sparschweinbuch über 40 Mk., von dem er 35 Mk. erhob. Nunmehr soll er 4 Monate über seinen schlechten Streich im Gefängnis nachdenken.

Die Notlauffenche ist unter dem Schweinebestande des Gärtners J. Griesse, Arminstraße Nr. 16, ausgebrochen.

Bei einer Revision der Weidenanlagen am südlichen Saume des 2. Walles wurde darin ein Arbeiter aus Oberseida angetroffen, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Doberan, wegen Betruges strafbriefflich verfolgt wird.

Schlutup. Zur Lohnbewegung in der Fischindustrie. In dem Zirkular der Fischgewaltigen, das wir in der vorgestrigen Nummer unseren Lesern mitgeteilt haben, wird bekanntlich Bezug genommen auf an der Ostseeküste von Rostock bis Danzig gezahlte Löhne. Es handelt sich hier also um Löhne mecklenburgischer, pommerischer und ostpreussischer Arbeiter. Wie man diese in Vergleich stellen kann zu den Löhnen hiesiger Arbeiter, ist einfach unverständlich. Steht doch fest, daß die Lebensverhältnisse in Schlutup sich wesentlich anders gestalten wie z. B. in einem ostpreussischen Fischerdorf. So steigen z. B. die Gemeindeabgaben von Jahr zu Jahr. Die Löhne aber bleiben dieselben. Haben die Herren Niemann, Bode und Konforten das auch bedacht, als sie den Arbeitern und Arbeiterinnen das bekannte Zirkular übermitteln ließen? — Ich hebe hier noch bemerkt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nach dem Willen der „Herren“ bis zum letzten Mai 1906 ruhig verhalten, d. h. keine Lohnforderungen stellen sollen. Man lese folgende, jedem Zirkular beigelegte Karte:

„Ich erkläre hiermit, daß ich im Geschäfte des Herrn vorläufig bis zum letzten Mai 1906, unter den alten Lohnbedingungen, bei Erhöhung der Nachtstunden für Arbeiter auf 35 Pfg. weiter arbeiten will, wenn so lange Arbeit für mich vorhanden ist.“

Schlutup, 22. August 1906. (Unterschrift)

Daß die Fischgewaltigen es wagen konnten, den Arbeitern und Arbeiterinnen eine derartige Karte zur Unterschrift vorzulegen, beweist, daß leider noch nicht alle Fischereiarbeiter und Arbeiterinnen Schlutup die Wichtigkeit des Wortes erkannt haben: Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!

h. Enten. Eine Parteiverammlung findet am Sonnabendabend im Lokale des Herrn Schröder statt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist es Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wie Lloyd aus Buenos Aires vom 23. d. M. vom Observatorium auf New Year Island berichtet wird, kenterte die englische Bark „Bidston Hill“, die von Hamburg nach San Francisco bestimmt war, in der Nähe des Kap Jounaur. Der zweite Offizier und 17 Mann der Besatzung ertranken. Ein Teil der Mannschaft wurde gerettet und wird mit dem argentinischen Dampfer „Guardin Nacional“ in Newyork erwartet. — Der Ausbrecher Jark in Kiel ist wieder gefaßt worden. Er erklärte, ein Augenleiden sei die Ursache der Flucht gewesen. Wegen des früheren Pastor Jacobson-Scherrebel, jetzt in Flensburg, ist Anlage wegen Kontursvergehens in Angelegenheit der nord-schleswigerischen Marpfenachtgesellschaft erhoben worden.

Hamburg. Die Hamburger Volksschullehrer gehen nicht durchs Loch. Gestern abend wurde in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens die durch die Drohung des Senators Hestadt eingetretene Krise in einer Weise gelöst, zu der man der Lehrerschaft herzlich Glück wünschen kann. Der große Sagebielsche Saal war von über 1200 Personen gefüllt, von denen über Tausend bis zum Schluß der reichlich fünf Stunden währenden Versammlung ausharrten. Nachdem in zweistündiger Geschäftsordnungsdebatte alle Versuche die Beratung zu verhindern, abgewiesen worden waren, wurde nach einer glänzenden Rede Junges mit etwa Zweidrittelmajorität beschlossen, den Vorstand zum Bleiben im Amte zu bitten. In unabweisbarer Weise wies die Versammlung jeden Versuch, die Lehrerschaft durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile zu knebeln, zurück und sprach überdies gegenüber der Wahlrechtsvorlage des Senats, gegen eine sehr kleine Minderheit, die Ueberzeugung aus, daß denjenigen Wegführungsrichtigen, deren Kinder die Volksschule besuchen, eine wirksame Teilnahme an der Gesetzgebung gewährleistet werden müsse. — Das haben die Herren im Senat sicherlich nicht erwartet!

Hamburg. Fleischnot, Schlachtermeister und deutscher Kaiser. Die „Alton. Nachr.“ schreiben: Sicherem Vernehmen nach geht der Vorstand des Bezirks Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg-Gurhaven im Deutschen Fleischerverbande mit der Absicht um, eine Audienz beim deutschen Kaiser nachzusuchen, um demselben in Sachen der Fleischnot persönlich die allgemeine Lage klarzulegen und zu bitten, daß die Grenzen für ausländisches Vieh geöffnet werden.

Kiel. Ausgleichende Gerechtigkeit vor dem Kriegsgesicht. Die ausgelobte Notwehr hat der Heizer Walther vom Linienkessel „Brandenburg“ schwer büssen müssen. Er hatte sich am 21. Juni eines Weinkampfs wegen im Heizraume auf eine Kiste gesetzt, ohne die Erlaubnis seines Vorgesetzten, des Maschinenmeisters Eckart dazu einzuholen. Eckart befahl dem Walther aufzustehen, worauf dieser mit schnoddrigen Redensarten antwortete. Dadurch geriet der Vorgesetzte in Wut und gab dem Heizer einen Schlag in's Gesicht. Der war aber nicht faul, sprang auf und mit dem Rufe: „Ich lasse mich nicht schlagen wie die andern“, versetzte er dem Raaten eine schallende Ohrfeige. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß sich der Maschinenmaat einer ganzen Anzahl von Mißhandlungen und vorchriftswidriger Behandlungen untergeben schuldig gemacht hatte, besonders puffte und stieß er mit Borliebe die Heizer. Bisher hatte aber keiner der Mannschaften den Mut gehabt, den Leuteschinder zu melden. Vor dem Kriegsgericht des 2. Geschwaders in Kiel beantragte der Ankläger, dem Heizer Walther den Schutz des Mißbehaltungsparagrafen 98 voll angedeihen zu lassen, und hielt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und vier Tagen für angemessen. Das Gericht ging jedoch über den Antrag hinaus und erkannte auf eine Strafe von neun Monaten Gefängnis. Besser kam der Raat weg. Das Gericht, das den Heizer, der sich nur gewehrt, damit aber gegen den heiligen Kadavergehorsam gefrevelt hatte, so schwer bestrafte, sah die Vergehen des Vorgesetzten außerst milde an. Er wurde wegen zweier Mißhandlungsfälle und vier Fällen vorchriftswidriger Behandlung untergebener zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt.

Meldorf. Zu viel des Segens! Einem hiesigen Einwohner wurden zum zweiten Male in einem Zeitraum von elf Monaten Zwillinge geboren. Vier Kinder in einem Jahre ist doch wohl ein bißchen viel!

Flensburg. 1300 Arbeiter haben gestern auf der Werft die Arbeit wieder aufgenommen.

Bremen. Die Ruhrerkrankungen in der westlichen Vorstadt nehmen weiteren Umfang an. Bis jetzt sind über 100 Erkrankungen zu verzeichnen. Die größten Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Bremen. Schwärze Listen. Das Unternehmertum schreit fortwährend über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen, wenn dieselben alle ihnen aufstehenden gesetzlichen Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage in Anspruch nehmen; selbst aber scheut es sich nicht, die geheime Feme in Gestalt der schwarzen Liste gegen die Arbeiter in Anwendung zu bringen. Unser Bremer Parteiblat ist in der Lage, ein diesbezügliches Schriftstück zu veröffentlichen. Es lautet:

Berein Bremischer Baugewerksmeister. Abt.: Tischlermeister.

An die Mitglieder des Vereins Brem. Baugewerksmeister. Abt.: Tischlermeister.

Raut Mitteilung des Gemeinlicher Baugewerksmeister-Vereins ist bei den Tischlermeistern Gemeinlicher Baugewerksmeister-Vereins in Folge einer nicht bewilligten Lohnerhöhung der jüngeren Gesellen ein Streit ausgebrochen und bitten wir Sie, keine der unten aufgeführten Gesellen einzustellen und sofern dieses bereits geschehen sein sollte, dieselben sofort wieder zu entlassen. (Folgen die Namen der streitenden Gesellen.)

Bezugnehmend auf die Mitteilung des Baugewerksmeister-Vereins, bitten wir Sie, die unten aufgeführten Gesellen einzustellen und sofern dieses bereits geschehen sein sollte, dieselben sofort wieder zu entlassen. (Folgen die Namen der streitenden Gesellen.)

Sticht: was hne, Sekretär.

Hoffentlich benachrichtigen die Arbeiter den Herren Schatzmachern, daß an der Solidarität der Arbeiter auch dieses Mittel verfallen muß.

Bremerhaven. Ein großes Biermastschiff, „Robert Richters“, das im chinesischen Meer vermut-

anderem die Forderung auf, daß Kaiser Wilhelm katholisch werden müsse und sich außerdem als Herzog von Vohringen ausruhen lassen solle, während dem Papste die Rettung der deutschen Reichsgeschäfte gebühre. Clevrs Auftreten stand im Zusammenhang mit einem geheim gehaltenen Antrage, den er zur römischen Frage gestellt hatte und zu begründen beabsichtigte. Er führte aus: Er habe gegen den Vorstandsbeschluss nichts einzuwenden. Es frage sich aber, ob die Generalversammlung in ihren Forderungen nicht viel weiter gehen solle. (Nein, nein! Unruhe). Dr. Steve: Ich frage den Herrn Präsidenten, ob ich meinen hierzu gestellten Antrag verlesen darf. Präsident: Nein. Dr. Steve: Dann darf ich wohl fragen, ob er bereits abgelehnt worden ist? Präsident: Nein, aber die Versammlung wünscht den Antrag Borsch anzunehmen. Ueber Ihren Antrag wird im Ausschusse beraten werden. Ich frage die Versammlung, ob sie dem Antrag Borsch zustimmen will? (Allgemeiner Ruf: Jawohl! Schluß!) Darauf trat Dr. Steve unverrückter Dinge wieder ab. — Nach diesem die Annahme mancher Zentrumsmitgliedern charakterisierenden Zwischenfall brachte alsdann der Abgeordnete Gröber die Gnesener Kaiserrede aufs Tapet. Der Kaiser habe dort gesagt: „Freiheit für jeden in Sitte und Religion“. Nach diesen erhabenen Worten des Kaisers müssen die Jesuiten und die Damen vom heiligen Herzen Jesu vor allem nach Deutschland zurückkehren dürfen. (Wangenhaltender Beifall). Im übrigen bewegten sich die Reden in dem Bekannten Geleis. Die Parteitage des Zentrums leiden unter ihrer Häufigkeit. Es kann nichts Neues mehr vorgebracht werden.

Die internationale Sozialdemokratie als Friedenshort. Die europäischen Völker beginnen immer mehr die Sozialdemokratie als die einzige wahre Schlichterin des Friedens zu betrachten und zu schätzen. So veröffentlicht der Londoner „Labour Leader“ Zuschriften aus ihrem Leserkreise, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, Webel und Jaures möchten doch dem Verlangen der englischen Arbeiter folgen und zusammen England besuchen. Diese internationalen Kundgebungen würden dazu beitragen, die drei Völker einander näher zu bringen. Den herrschenden Gewalten würde damit gezeigt, daß ein fester und dauernder Frieden nicht auf Bajonetten, Kanonen und Kriegsschiffen beruhe, sondern auf der internationalen Verbrüderung der Völker. Im gegenwärtigen Moment, wo die Regierungen von England und Deutschland ohne Wissen und gegen den Willen der Völker in der unverantwortlichsten Weise mit der Kriegsgeschichte spielen, würde eine solche Kundgebung des internationalen Proletariats von großer Bedeutung sein.

Der Reichskanzler läßt sich „richtig stellen“. Die Antwort, die der Reichskanzler den Bürgermeistern des schlesischen Indusrieregions auf ihre Eingabe wegen Vermehrung des Kontingents der aus Rußland einzuführenden Schweine erteilt hat, ist, wie unsere Leser wissen, zum Gegenstande lebhafter Erörterungen gemacht worden. Jetzt veröffentlichen offizielle Feiern, es habe sich „nimmehr herausgestellt“, daß der „richtige Wortlaut“ der Antwort nicht bekannt geworden. Es sei nicht zutreffend, was mitgeteilt ist, daß die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine respektgemäß „nur“ dem Landwirtschaftsminister zustehe und daß er zu seinem „größten“ Bedauern die Herren bitten müsse, von dem beabsichtigten Besuche Abstand zu nehmen. Die „Preussische“ behauptet, sie sei in der Lage, festzustellen, daß die Antwort folgendermaßen gelautet habe: „Die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine steht naturgemäß dem Herrn Landwirtschaftsminister zu. Nachdem dieser nach eingehender Erwägung und Prüfung sowohl der gegenwärtigen Preis- und Absatzverhältnisse als auch der Interessen des Konsums eine Erhöhung des Kontingents abgelehnt hat, sehe ich mich außer Stande, Ihren Wünschen zu entsprechen, und muß daher zu meinem Bedauern bitten, von einem Besuche bei mir Abstand zu nehmen.“ Das konservative Blatt bemerkt dazu: „Die oben durch den Druck hervorgehobenen Worte „nur“ und „größten“ sind also in der Antwort nicht enthalten, und demnach werden die Folgerungen hinsichtlich, die liberale Blätter gerade aus diesen Worten haben ziehen wollen. Insbesondere hat Fürst Bülow weder seine Ohnmacht gegenüber dem Landwirtschaftsminister anerkannt, noch hat er zu erkennen gegeben, daß er in der Sache auf der Seite der Wittfelder stehe. Er hat diesen nur in höflicher Form erwidert, daß er keinen Anlaß habe, auf eine Aenderung der Entscheidung des Landwirtschaftsministers hinzuwirken, und deshalb die gewünschte mündliche Erörterung für zwecklos halte.“ Das ist doch nur eine recht naive Wortklaubererei. Angenommen, diese „Verichtigung“ sei richtig — uns scheint sie sehr willkürlich gemodelt — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Reichskanzler sich dem preussischen Landwirtschaftsminister untergeordnet, ihn als alleinige Autorität in der streitigen Frage anerkannt hat. Wenn Sobielewski „naturgemäß“ zu entscheiden hat, dann hat Bülow „naturgemäß“ einfach nichts zu sagen.

Ostafrika. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt in einer Betrachtung der Ursachen des Aufstandes: „Die Hauptursache in Afrika bleibt nach wie vor, den Respekt des Schwarzen vor dem Weißen aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu verstärken. Er darf nie das Gefühl verlieren, daß er der Untertan und der Besizer der Herr sei. In dieser Beziehung befinden sich die weißen Bewohner nicht in Uebereinstimmung mit der Verwaltung; sie geht ihnen nicht streng genug gegen den Neger vor.“ — Damit verrät das edle Blatt seine Sehnsucht nach Renten vom Schlage eines Hänge-Peters und eines Arenberg und ähnlicher „Erzger deutscher Kultur“. Eine solche Erhebung ist stets ein Zeichen, daß die Erbitterung unter den Eingeborenen seinen Höhepunkt erreicht hat. Es wäre merkwürdig, wenn die Erbitterung unter den Eingeborenen eine Folge von „zu humaner“ und „zu milder“ Behandlung sein sollte.

In Hamburg sehen gute Kenner der Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika die Lage sehr ernst an. Der „Hamburger Korrespondent“ erzählt, daß der in Lival ermordete Kaufmann Aimer der Plantagen-Verwalter der Hamburger Firma Traun, Smerlen u. Co. war, die die bedeutendste Firma in Rantschankulturen ist. Inwiefern Rantschankulturen verwirft werden, darüber stehen die Nachrichten noch aus. Sollte auch im Norden der Stamm der Wahhe losbrechen, so würde, wie das Blatt behauptet, eine wahre Katastrophe bevorstehen.

Der Kommandant des „Buffard“ meldet unter dem 22. August: „Oberleutnant zur See Paasche hat den Angriff der Nicht-Deute auf sein Lager am 19. und 20. August erfolgreich zurückgeschlagen. Er meldet, daß alles wohl sei, und er nordwestlich nach Nowoni weiter vorgeht. Am 25. August trifft vornehmlich eine Abteilung der Schutztruppe in Nyambroll ein. Der Aufstand hat sich südlich von Nyima bis zum Abenturum Fluß an der Grenze des Vindi-Bezirks ausgebreitet.“

Eine weitere Hochpost meldet die „Nordb. Allg. Stg.“: Ueber die Lage im Gebiet südlich von Menemvanga berichtet Gouverneur Graf Wögen, daß dort Anzeichen von Unbotmäßigkeit hervorgetreten sind, die ihn veranlaßt haben, den Bezirksamtman Wöber, Hauptmann Jord und 95 Mann dort zu belassen. Aus der Matumbibergen ist Major Johannes für seine Person nach Dar-es-Salaam zurückgekehrt. Er hat gemeldet, daß dort die Ordnung aufrecht erhalten werden könne, wenn eine Kompanie bis auf weiteres dort bleibe.

Man kann heute schon mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen, daß Ostafrika für Deutschland ein zweites Südwestafrika wird!

Nationalsoziale Schmelzkätzchen. In Essen landete für die Nationalliberalen der Rechtsanwalt Riemeyer, der dem nationalsozialen Kränzchen angehört. Für die Essener Bedürfnisse nun wurde dieser Kandidat der Ordnung je nach Bedürfnis bald national, bald liberal, bald sozial gestellt. Jetzt veröffentlichten nun die Gegner folgenden allerhöchsten Schreibbrief aus dem nationalsozialen Bureau, gerichtet an den Essener Sekretär der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Jacobs, der merkwürdigerweise — zur großen Freude der mit den Gewerkschaften verwandten Volksparteier — den Weg an die Öffentlichkeit gefunden hat:

„Die Hilfe“.

Herausgeber: Max Riemann.

Schöneberg-Berlin, 7. 6. 1905.

Sehr geehrter Herr Jacobs!

Abel folgen mit bestem Dank die Berichte über die Essener Versammlung zurück. Wie Sie aus der „Hilfe“ entnommen haben werden, ist daraus ein kurzer Bericht unter „unserer Bewegung“ geworden. In Sachen der Kandidatur in Essen muß sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden. Wenn die Nationalliberalen an einen Erfolg für eine eigene Kandidatur glaubten, dann würden sie wahrscheinlich aus dem Wahlkreis nicht anbieten, daher müssen Sie sehen, einerseits die Nationalliberalen zur Unterstützung unserer Kandidatur zu verpflichten und andererseits jeden Anschein zu vermeiden, als ob unser Kandidat mit nationalliberaler Politik etwas zu tun hätte. Dies ist natürlich eine schwierige Sache, aber hieran hängt der ganze mögliche Erfolg.

Mit bestem Gruß

Dr. Eugen Kay.

Es ist seit jeder nationalsoziale Taktik, zwischen den Parteilagern sich hindurch zu manövrieren. Aber so — treuherrlich schreibt man doch nicht, Herr Dr. Kay. Fast noch hübscher aber ist die stillliche Empörung des Organs der freisinnigen Volkspartei, die eben erst ihren Barbed auf die Weise durchgebracht hat, daß er mit Hilfe des Reichsverbandes allen bürgerlichen Parteien sich „voll und ganz“ anschloß!

Gegen den Fleischwucher protestierten Massenversammlungen in Frankfurt a. M., München und Breslau. Die Solinger Stadtverordneten beschloßen einstimmig die Abendung einer Petition an den Reichskanzler, in der dieser um Aufhebung der Viehgrenzsperrung ersucht wird.

Rußland.

Sinausgeworfen. Die Mannschaften des ersten Garde-Pusaren-Regiments in Barskoje Sselo warfen Dienstmorgens ihre Unteroffiziere aus der Kaserne hinaus. Sie schloßen darauf die Tore und ließen niemand hinein, auch ihren Oberst nicht, der zu ihnen sprechen wollte. Die Pusaren führen Beschwerde, sie würden von den Unteroffizieren um ihren Sold und ihre Rationen bestohlen.

Neuer Revolutionsstoff. In Moskau wurden am Montag 26 Offiziere unter der Beschuldigung verhaftet, auch nach Veröffentlichung des Barenmausfestes über die Duma weiter für politische Reformen zu agitieren.

Bombenexplosion. Dienstag explodierte in Tiflis eine Bombe, wobei ein Haus völlig zerstört und zwei unbekannte Männer getötet wurden. Unter den Trümmern fand man noch 36 Bomben und mehrere Kilogramm Dynamit.

Ein Blutbad. Als in Dintow bei Lohj Rosaten eine Arbeiterversammlung von 2000 Personen auseinanderreiben wollten, gaben die Arbeiter Schüsse ab, worauf die Soldaten durch zwei Salven 3 Personen töteten und mehrere schwer verletzten. Mehr als 400 Arbeiter wurden verhaftet.

Singerichtet. In Radom wurde der Polizeimeister, auf den bereits vor 2 Wochen ein Mordat verübt wurde, auf der Straße durch einen Schuß getötet. Auf den Dörfern Sokolowic und Mordy wurden zwei Polizisten getötet.

Die Angst vor der Revolution. Der russische Landrat und Kreisesh Baron Maybell, dessen Güter im Gouvernement Livland von Bauern niedergebrannt wurden und der infolge Verurteilung zum Tode durch das anarcho-sozialistische Komitee aus Rußland floh, hat sich infolge erneuter Drohungen, falls er nach Rußland zurückkehren sollte, in der Nähe eines Sanatoriums in Eisenach, in dem er seit Juni wohnt, durch einen Schuß in die Schläfe getötet.

Auf 52 Strecken der russischen Staatsbahnen wird gestreift. Auf der Weichselbahn ruht der Verkehr auf allen vier Zweigen. Die Unterbrechung der Verbindung Warschans mit Petersburg ist ständlich zu erwarten.

Oesterreich-Ungarn.

Es bleibt wie's war. Die in Jschl unter dem Vorherrschaft des Kaisers abgehaltene Konferenz wird an dem bestehenden Wirrwarr nichts ändern. Wie gemeldet wird, wurden für die Eventualität, daß bis zum Wiederausbruch des ungarischen Reichstages keine Lösung der ungarischen Krise eingetreten ist, die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Die Lösung wird aber ausbleiben, denn es wird betont, daß eine Aenderung in der Auffassung der maßgebenden Kreise hinsichtlich der militärischen Frage seit dem Beginn der ungarischen Krise nicht eingetreten ist.

schlich der militärischen Frage seit dem Beginn der ungarischen Krise nicht eingetreten ist.

Schneidig! Als kürzlich ein Leutnant Borsh mit Namen in Kaschau ein Mannschaftszimmer betrat, gebot ein Reservist anstatt in deutscher in magyarischer Sprache Achtung. Der Offizier rügte dies und befahl den Reservisten zum Regimentsappell. Ein hiesiges Blatt erzählte diesen Vorgang. Borsh erschien darauf mit einigen Kameraden in der Redaktion des Blattes und ohrfeigte den Redakteur. Es entstand eine Aufruhr, an der auch das herbeieilende Personal teilnahm. Die Offiziere zogen blank, und der Redakteur gab einen Revolverstoß auf Borsh ab. Die Kugel prallte aber von dem Rücken des Säbels zurück. Der Redakteur, sowie Leutnant Borsh wurden leicht verwundet; ein Syker aber wurde durch einen Säbelstich schwer verwundet.

Der beleidigte Bar. Der Krakauer „Naprob“ wurde vom dortigen Landgericht wegen Beleidigung des Barren konfisziert. In dem Erkenntnis heißt es, daß der Barren von Rußland in dem konfiszierten Artikel beim öffentlichen Spott ausgehört sei. — So hat Moskaus in der weiten Welt auf bei der preussischen Regierung wenigstens noch an einer Stelle auf Sympathie und Unterstützung zu rechnen, nämlich bei den polnisch galizischen Staatsanwälten und Richtern.

England.

Ein drohender Basutofeldzug in Britisch-Südafrika. Die unruhige Stimmung, die sich gegenwärtig unter den Eingeborenen-Stämmen in den britischen Schutzgebieten der südlichen Hälfte des Schwarzen Erdteils im Westen sowohl wie im Osten bemerkbar macht, scheint auch auf britisch-südafrikanisches Gebiet übergreifen zu wollen. Das Basutoland, das in der Zeit des Transvaalkrieges viel genannt wurde, soll infolge des Todes des Oberhäuptlings Lerotohobi vor ernstlichen Unruhen stehen. Aus London wird hierüber geschrieben: Die Basutos, die sich zu Tausenden bei Masera versammelt haben, um an dem Väterbegängnis des Hauptlings teilzunehmen, sind in einen lebhaften Streit über die Frage geraten, wer der Nachfolger des Hauptlings Lerotohobis sein soll. Waher folgte stets der älteste Sohn dem verstorbenen Vater, aber in diesem Falle weigert sich ein großer Teil der Basutos, den ältesten Sohn Lerotohobis anzuerkennen, da derselbe wegen seiner brutalen Willkür verhaßt ist. Verschiedene Hauptlinge haben sich die jüngeren Brüder des verstorbenen Thronfolgers entschrieben. Die Basutos können 50 000 außerordentlich tüchtige Kämpfer ins Feld stellen und wenn es zwischen ihnen zum Kampf kommen sollte, so würde England in der unangenehmen Lage sein, einzutreten zu müssen. In Masera leben annähernd 200 Europäer, die alle Regierungsbeamte sind. Der verstorbenen Lerotohobi hatte übrigens während des südafrikanischen Feldzuges den Engländern einen großen Dienst dadurch erwiesen, daß er die kriegerischen Basutos von der Teilnahme am Feldzug zurückhielt, trotzdem die Verhütung für sie eine sehr große war, da englische Garnisonen an der Grenze ihres Landes vor ihren Augen von den Basutos belagert wurden. — So machen sich die unheilvollen Folgen der Kolonialpolitik allenthalben bemerkbar.

Wien und Japan.

Die Friedenskonferenz tagte gestern Vormittag und Nachmittag. Offiziell wird erklärt, in der Vormittags-sitzung seien Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Wortlauts des Protokolls entstanden. Es wurde dann beschlossen, das Protokoll im ganzen zu verlesen und über die strittigen Punkte in der Konferenz zu entscheiden. Die Arbeit war bis zur Mittagspause noch nicht vollendet. Die Nachmittags-sitzung der Friedenskonferenz dauerte 1 1/2 Stunden; sodann wurden die Beratungen bis zum Sonabend vertagt.

Der offizielle Bericht über die gestrige Beratung der Friedenskonferenz besagt, die Protokolle wurden in gebührender Form unterzeichnet.

Ueber eine dramatische Szene aus den Friedensverhandlungen wird dem „B. T.“ aus London berichtet: „Die Meldung verschiedener Blätter, daß Roosevelt ein russischen Delegierten Rosen ein Schiedsgericht bezüglich der Frage der Kriegsentwidlung vorgeschlagen habe, war natürlich unrichtig, nachdem die Russen erklärt hatten, daß die Forderung einer Selbstschiedsgericht gegen Rußlands nationale Ehre verstoße. Aber auch auf Sachalin konnte sich der Vorschlag Roosevelts nicht beziehen, da Rosen dem Präsidenten mitteilen konnte, daß Sachalin wahrscheinlich kein unüberwindliches Hindernis für den Frieden sein würde. Die Szene war überaus dramatisch, als Witte die gesamte Friedensfrage auf eine Geldfrage reduzierte. „Nehmen Sie einen Augenblick an“, sagte Witte erregt zu Komura, „die Frage wegen Sachalins wäre für beide Teile in zufriedenstellender Weise gelöst, die Insel würde de jure permanent in Ihren Besitz übergehen, wie dies jetzt de facto der Fall ist; nehmen Sie an, zwischen uns und dem Frieden stände nichts als die Geldfrage. Würden Sie die Geldfrage aus der Liste Ihrer Vorschläge streichen? Hierauf kam von der japanischen Seite das überraschende Anerbieten, Rußland solle die Hälfte von Sachalin für einen Preis, der der Kriegsentwidlung entsprechen würde, zurückkaufen. Mit erhobener Stimme erwiderte hierauf Witte, „in keiner Weise, in keiner Form und unter keiner Bedingung werde Rußland dazwischen willigen, Japan seine Kriegskosten zu erstatten.“ Für erwiesene Dienste“, fügte Witte hinzu, „haben wir liberale Geldbelohnungen, für zugesagtes Leid eine andere Art des Entgelts.“ — Den großen Mund verfielen die Russen aus dem HJ zu gebrauchen. Allerdings entsprochen ihre Kriegskosten bisher nicht den rechnerischen Bestimmungen.

An die Parteigenossen des Agitationsbezirkes Schleswig-Holstein, Hamburg, Pauenburg und Lübeck.

Die Agitationskommission zu Neumünster hat unter Hinzuziehung der Vorstände sämtlicher Wahlkreise des Agitationsbezirks zu dem vom Parteivorstand in Berlin veröffentlichten Organisationsentwurf Stellung genommen. Hierbei ist der Entwurf nur in Hinsicht auf die Frage geprüft worden, wie weit durch seinen Inhalt unsere jetzigen und zukünftigen Organisations- und Finanzverhältnisse

in der Provinz berührt werden. Wir haben es uns auf das strengste untersagt, zu anderen als solchen Punkten Stellung zu nehmen, wohl aber beschloffen, nachstehenden Antrag an den deutschen Parteitag allen Delegierten des Agitationsbezirks auf das dringlichste zur Vertretung anzuhängen.

Der Antrag lautet:
Die Agitationskommission zu Neumünster, sowie die Vorstände der Organisationen der 10 schleswig-holsteinischen Wahlkreise und des Fürstentums Lübeck stellen zum Organisationsentwurf folgende Anträge:

1. Der Parteitag wolle dem § 10 folgende Fassung geben:

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist der Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreisorganisationen haben von den sich aus den laufenden Monatsbeiträgen ergebenden Einnahmen mindestens 30 Proz. an den Bezirksverband abzuführen. Von diesen Einnahmen sind von den Bezirks- resp. Landesorganisationen 33 1/2 Proz. an die Zentralklasse zu überweisen. Die Vertrauenspersonen können freiwillige Beiträge entgegennehmen und durch besondere Marken quittieren. Soweit es sich dabei um freiwillige Beiträge an die auf Grund des § 9 des Organisationsstatuts gebildeten Organisationen handelt, müssen die Vertrauenspersonen eine den Verhältnissen entsprechende Summe regelmäßig an den Bezirksverband resp. die Zentralklasse abführen.

2. Der Parteitag wolle dem § 11 folgende Fassung geben:

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

3. Der Parteitag wolle dem § 13 folgende Fassung geben:

§ 13. Die Vorsitzenden der Kreisvereine und, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen, geben alljährlich bis zum 15. Juli einen Bericht, der vom Bezirksverband revidiert und von diesem dem Parteivorstande eingereicht wird.

4. Der Parteitag wolle innerhalb der §§ 7 bis 14 des Entwurfs

- a) eine Umstellung vornehmen, so daß sich in einer Reihenfolge befinden die bisherigen Paragraphen 7, 8, 9, 11, 12, 14, 10, 13.
- b) Die Ueberschrift „Vertrauenspersonen über § 11 streichen.“

Soweit die von uns empfohlenen Anträge, deren Vertretung im Interesse unserer Provinzorganisation liegt.

Bemerk: sei jedoch, daß die Unterzeichnung dieser Anträge keinem Wahlkreise und keinem Delegierten das Recht rauben soll, außerdem für Verbenennung nicht berührter Punkte des Organisationsentwurfes nach eigener Willkür einzutreten.

Die Agitationskommission.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 24. August 1906.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Abonnentenfang. Es gibt leider noch recht viel Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch allerlei Versprechungen locken lassen und ihre sauer verdienten Groschen für Zwecke opfern, die auf direktem Wege viel bequemer und besser zu erreichen sind. Hierher gehören vor allem auch die Versprechungen von Gewinnen gewisser Zeitungen. Wir haben in Lübeck bekanntlich ein solches Organ, das, weil es sonst an Abonnentenschwindeln leiden würde, zu einem Mittel greift, das mit dem Zweck einer Zeitung in gar keiner Beziehung steht, das aber vielleicht zugkräftig genug ist, eine beträchtliche Anzahl Abonnenten anzulocken. Eine Zeitung ist doch dazu da, ihre Leser über die täglichen Vorgänge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete aufzuklären und nur, wenn sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, greift sie zu Versprechungen von Gewinnen und ähnlichen Mitteln, um die Leser, die infolge des wenig geistreichen Inhalts der Zeitung abzuwandern drohen, durch allerlei Versprechen wieder an sich zu fesseln und neue Abonnenten einzufangen. Daß man dabei hauptsächlich auf die Arbeiter spekuliert, mag daher kommen, weil man glaubt, die Arbeiter seien am meisten gezwungen, materielle Vorteile zu suchen. Falsch ist diese Spekulation nicht, das zeigt der Abonnentenstand mancher solcher Blätter, aber als Lobens- und nachahmenswert kann sie auch nicht bezeichnet werden, weil meist nur solche Personen ins Netz gehen, denen alles weitere Nachdenken einigermassen schwer fällt, die eine Zeitung nicht deshalb abonnieren, um sich über die Tagesereignisse zu unterrichten und um etwas zu lernen, sondern die, die sich lediglich von dem Versprechen auf etwaige Vergütung hängen lassen. Diese Tatsachen werfen allerdings wieder auf derartige Zeitungen, die damit beweisen, daß sie auf andere Weise die Leser nicht befriedigen, noch auf derartige Leser, die ohne besondere Ueberlegung handeln, ein günstiges Licht. In der Regel müssen solche Abonnenten erst tot oder doch mindestens zum Krüppel geworden sein, bevor sie Anspruch auf eine derartige Vergütung haben. Wie gleichgültig mitunter solche Personen handeln, geht u. a. daraus hervor, daß viele unter ihnen die Bedingungen, wonach sie auf eine Entschädigung Anspruch haben, gar nicht kennen, oder häufig genug nicht verstehen. Aber nicht nur bei Tod oder schwerem Unfall wird von gewissen Zeitungen Vergütung in Aussicht gestellt, sondern auch bei andern Anlässen. Uns liegt z. B. eine Zeitschrift vor, die in Frankfurt a. M. verlegt wird und den schönen Titel „Humanität“ führt. Ein Hausen Proletarier ist auf dem Titelblatt abgebildet, von denen einer ein Schild mit der Aufschrift „Arbeitslos“, ein anderer eine Fahne mit der Aufschrift „1000 Mk.“ trägt. Der Preis der Schrift ist auf wöchentlich 20 Pf., also auf jährlich 10,40 Mk. festgesetzt und für dieses Geld braucht man nicht nur eine Anzahl abgestandener sogenannter Wige und Humoresken zu lesen, sondern der Abonnent dieses Blattes hat auch noch eine Lotterievergünstigung bei der preussischen

Massenlotterie und „genießt“ außerdem noch den weiteren Vorteil, bei eintretender Arbeitslosigkeit unterstützt zu werden. Neben dem Anreiz zum Lotteriespiel muß also auch das Wespenst der Arbeitslosigkeit herhalten; beides sichert natürlich dem Verlag den gewünschten Erfolg. Der Lotteriegewinn wird aber nur in derjenigen Nummer der Wochenschrift beigelegt, die acht Tage vor der Ziehung als neueste Ausgabe erscheint und an die Arbeitslosenunterstützung kann derjenige, der mindestens ein Jahr Abonnent ist und „allen in den Abonnementsbestimmungen näher bezeichneten Verpflichtungen nachkommt und regelmäßig „Humanität“ bezieht und bezahlt“, 28 Mk., nach drei- und mehrjährigem Abonnement sogar 31 Mk. beziehen. Das schönste ist aber, daß, sofern die Abonnenten durch die Vertreter des Verlags oder deren Voten nicht pünktlich bedient werden, der Verlag hierfür keine Verantwortung übernimmt, obgleich der nicht regelmäßige Bezug der Wochenschrift und unpünktliche Zahlung des Abonnements sofort aufhebt. Also Nachlässigkeit seiner eigenen Vertreter gibt dem Verlag die Möglichkeit, den Abonnenten alle versprochenen Vergünstigungen zu verweigern. Wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen werden sich trotz alledem als Abonnenten fangen lassen! Würden sie ihre sauer verdienten Groschen, statt in solche unsichere Privat-Unternehmen zu stecken, ihren Gewerkschaften zuführen, um sich dort gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit einigermassen zu schützen und würden sie, statt gestohlene Zeitschriften und Zeitungen zu lesen, ein Blatt halten, das ihre Interessen energig wahrnimmt und sie aufklärt, so würden sie damit sich selbst schützen und manchen Anlauf, wie er vor allem in einem derartigen Abonnentenfang unsicher zu erkennen ist, im Keime ersticken.

Die Lübecker Wahlrechtsverschlechterung und der Massenstreik. In einer Parteiverammlung in Dresden-Altstadt beschäftigte sich Gen. Redakteur Riem auch mit dem vom Gen. Kagenstein den Lübecker Genossen empfohlenen Vorschlag der Anwendung des Generalstreiks bei der Wahlrechtsverschlechterung. Redner wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag. Von einem tiefen Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse zeugte derselbe nicht.

In denjenigen Organen, welche zu Wahlzeiten u. ihre Arbeiterfreundschaft betonen, gehört auch die „Eisenbahnzeitung“. Wie es nun mit dieser „Arbeiterfreundschaft“ bestellt ist, geht aus folgender Notiz des Schlutuper Korrespondenten der „E.-Z.“ vom 23. dS. hervor:

Die Lohnfrage in unserer Fischindustrie beschäftigt zur Zeit Arbeitgeber und Arbeiter. Die ersteren haben den in den Betrieben beschäftigten Personen ein Ultimatum gestellt, sich bis heute schriftlich zu erklären, ob sie die Arbeit fortsetzen wollen, andernfalls wird die Kündigung eintreten. Die freien Arbeiter haben zum größten Teile ihre Erklärungen im Sinne der Arbeitgeber abgegeben, von den „Genossen“ aber werden verschiedene ausscheiden müssen, vielleicht, um es später bitter zu bereuen. Unsere Räucherereibesitzer scheinen sich diesmal einig zu sein und wie man hört, wollen sie sich von der „Johannisstraße“ keine Vorschriften machen lassen.

Diese Notiz ist in der Tat zu dumm, um einer Kritik gewürdigt zu werden. Sie kennzeichnet aber recht treffend die alte Laune an der Obertrave!

Schwere Stürme haben in den letzten Tagen in der Ostsee geherrscht. Die Folge war eine enorme Verspätung der hier erwarteten Dampfer. So traf der finnische Dampfer „Sinnea“ mit über 24stündiger Verspätung hier ein.

Ein neues Postamt wird am 1. September unter der Bezeichnung „Lübeck 5“ in der Vorstadt St. Lorenz eröffnet.

Bevölkerungsbewegung im Monat Juli 1906.

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen der 12 Standesämter (Stadt Lübeck und 11 ländliche Standesämter). Die Zahl der Eheschließungen betrug 91 gegen 61 im Vormonat (87 im Juli 1904). Lebendgeburten erfolgten 268 gegen 225 im Vormonat (262 im Juli 1904). Unehelich geboren wurden 29, totgeboren 9 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 138 gegen 129 im Vormonat (116 im Juli 1904). Mehr geboren als gestorben sind 130, gegen 96 im Vormonat (146 im Juli 1904). In den ersten 6 Monaten dieses Jahres war die Zahl der Eheschließungen 472 (gegen 446 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten 1806 (1775), der Sterbefälle 1087 (897), der Geburtenüberschuss 719 (878).

Und dem Gerichtssaal. Der 68 mal vorbestrafte Arbeiter S. stahl einem betrunkenen Stellmacher, der auf einer Bank am Burgfelde saß, dessen Uhr nebst Kette. Bei dem Versuch, dieselbe an den Mann zu bringen, wurde er am nächsten Tage verhaftet. Urteil der Ferienstrammer: 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. — Seinen Schlaflokalen bestahl der Schlossergeselle F. um ein Sparfassenbuch über 40 Mk., von dem er 35 Mk. erhob. Nunmehr soll er 4 Monate über seinen schlechten Streich im Gefängnis nachdenken.

Die Notlauffenche ist unter dem Schweinebestande des Gärtners J. Griesse, Arminstraße Nr. 16, ausgebrochen.

Bei einer Revision der Weidenanlagen am südlichen Saume des 2. Waldes wurde darin ein Arbeiter aus Oberjeida angetroffen, der seitens der Großherzoglichen Anstaltsverwaltung in Döberan, wegen Betruges schriftlich verfolgt wird.

Schlutup. Zur Lohnbewegung in der Fischindustrie. In dem Zirkular der Fischgewaltigen, das wir in der vorgelagerten Nummer unseren Lesern mitgeteilt haben, wird bekanntlich Bezug genommen auf den Hakenkühler von Holstod bis Danzig gezahlte Löhne. Es handelt sich hier also um Löhne mecklenburgischer, pommerischer und ostpreussischer Arbeiter. Wie man diese in Vergleich stellen kann zu den Löhnen hiesiger Arbeiter, ist einfach unverständlich. Steht doch fest, daß die Lebensverhältnisse in Schlutup sich wesentlich anders gestalten wie z. B. in einem ostpreussischen Fischerdorf. So steigen z. B. die Gemeindegaben von Jahr zu Jahr. Die Löhne aber bleiben dieselben. Haben die Herren Niemann und Arbeiterinnen das bekannte Zirkular übermitteln lassen? — Ich hebrige sei noch bemerkt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nach dem Willen der „Herren“ bis zum letzten Mai 1906 ruhig verhalten, d. h. keine Lohnforderungen stellen sollen. Man lese folgende, jedem Zirkular beigelegte Karte:

„Ich erkläre hiermit, daß ich im Geschäft des Herrn vorläufig bis zum letzten Mai 1906, unter den alten Lohnbedingungen, bei Erhöhung der Nachstunden für Arbeiter auf 35 Pf. weiter arbeiten will, wenn so lange Arbeit für mich vorhanden ist.“

Schlutup, 22. August 1906. (Unterschrift)

Daß die Fischgewaltigen es wagen konnten, den Arbeitern und Arbeiterinnen eine derartige Karte zur Unterzeichnung vorzulegen, beweist, daß leider noch nicht alle Fischereiarbeiter und Arbeiterinnen Schlutup die Wichtigkeit des Wortes erkannt haben: Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!

h. Entlu. Eine Parteiverammlung findet am Sonnabend d. 24. im Lokal des Herrn Schröder statt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist es Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Clouds aus Buenos Aires vom 23. d. M. vom Observatorium auf New Year Island berichtet, daß die englische Bark „Bidston Hill“, die von Hamburg nach San Francisco bestimmt war, in der Nähe des Kap Fournaux. Der zweite Offizier und 17 Mann der Besatzung erkrankten. Ein Teil der Mannschaft wurde gerettet und wird mit dem argentinischen Dampfer „Guardia Nacional“ in New York erwartet. — Der „Ausbrecher“ J. S. in Kiel ist wieder gefaßt worden. Er erkrankte, ein Augenleiden sei die Ursache der Flucht gewesen. Gegen den früheren Pastor Jacobien-Scherrebel, jetzt in Flensburg, ist Anklage wegen Konkursvergehens in Angelegenheit der nord-schleswigschen Kampfnachrichtengesellschaft erhoben worden.

Hamburg. Die Hamburger Volksschullehrer gehen nicht durchs Joh. Westernabend wurde in der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ die durch die Drohung des Senats Besardt eingetretene Kritik in einer Weise gelöst, zu der man der Lehrerschaft herzlich Glück wünschen kann. Der große Saal der Gesellschaft war von über 1200 Personen gefüllt, von denen über Tausend bis zum Schluß der reichlich fünf Stunden währenden Versammlung saharren. Nachdem in zweifelhafte Geschäftsordnungsdebatte alle Versuche die Beratung zu verhindern, abgewiesen worden waren, wurde nach einer glänzenden Rede Junges mit etwa Zweidrittelmajorität beschlossen, den Vorstand zum Bleiben im Amte zu bitten. In ungewohnter Weise wies die Versammlung jeden Versuch, die Lehrerschaft durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile zu knebeln, zurück und sprach überdies gegen über der Wahlrechtsvorlage des Senats, gegen eine sehr kleine Minderheit, die Leberzeugung aus, daß denjenigen Bevölkerungsschichten, deren Kinder die Volksschule besuchen, eine wirksame Teilnahme an der Gesetzgebung gewährleistet werden müsse. — Das haben die Herren im Senat sicherlich nicht erwartet!

Hamburg. Fleischnot. „Schlachtermeister und deutscher Kaiser. Die „Alton. Nachr.“ schreiben: Sicherem Vernehmen nach geht der Vorstand des Bezirks Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg-Lurhanen im Deutschen Fleischerverbande mit der Absicht um, eine Audienz beim deutschen Kaiser nachzusuchen, um demselben in Sachen der Fleischnot persönlich die allgemeine Lage klarzulegen und zu bitten, daß die Grenzen für ausländisches Vieh geöffnet werden.

Kiel. Ausgleichende Gerechtigkeit vor dem Kriegsgericht. Die ausgeübte Notwehr hat der Heizer Walthor vom Linien Schiff „Brandenburg“ schwer büßen müssen. Er hatte sich am 21. Juni eines Weintrampfs wegen im Heizraume auf eine Kiste gesetzt, ohne die Erlaubnis seines Vorgesetzten, des Maschinenmaaten Sedart dazu einzuholen. Sedart befahl dem Walthor aufzustehen, worauf dieser mit schnoddrigen Redensarten antwortete. Dadurch geriet der Vorgesetzte in Wut und gab dem Heizer einen Schlag ins Genick. Der war aber nicht faul, sprang auf und mit dem Rufe: „Ich lasse mich nicht schlagen wie die andern“, verjagte er dem Maaten eine schallende Ohrfeige. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß sich der Maschinenmaat einer ganzen Anzahl von Mißhandlungen und vorchriftswidrigen Behandlungen Untergebener schuldig gemacht hatte, besonders puffte und stieß er mit Vorliebe die Heizer. Bisher hatte aber keiner der Mannschaften den Mut gehabt, den Leuteshinder zu melden. Vor dem Kriegsgericht des 2. Geschwaders in Kiel beantragte der Ankläger, dem Heizer Walthor den Schutz des Mißderungsparagrafen 98 voll angebeihen zu lassen, und hielt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und vier Tagen für angemessen. Das Gericht ging jedoch über den Antrag hinaus und erkannte auf eine Strafe von neun Monaten Gefängnis. Besser kam der Maat weg. Das Gericht, das den Heizer, der sich nur gewehrt, damit aber gegen den heiligen Kadavergehorsam getrevelt hatte, so schwer bestrafte, sah die Vergehen des Vorgesetzten äußerst milde an. Er wurde wegen zweier Mißhandlungsfälle und vier Fällen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt.

Meldorf. Zu viel des Segens! Einem hiesigen Einwohner wurden zum zweiten Male in einem Zeitraum von elf Monaten Zwillinge geboren. Vier Kinder in einem Jahre ist doch wohl ein bißchen viel!

Flensburg. 1300 Arbeiter haben gestern auf der Werft die Arbeit wieder aufgenommen.

Bremen. Die Ruhrerkrankungen in der westlichen Vorstadt nehmen weiteren Umfang an. Bis jetzt sind über 100 Erkrankungen zu verzeichnen. Die größten Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Bremen. Schwarze Listen. Das Unternehmertum schreibt fortwährend über den Terrorismus der Arbeiterorganisationen, wenn dieselben alle ihnen zustehenden gesetzlichen Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage in Anspruch nehmen; selbst aber scheut es sich nicht, die geheime Liste in Gestalt der schwarzen Liste gegen die Arbeiter in Anwendung zu bringen. Unser Bremer Parteiblatt ist in der Lage, ein diesbezügliches Schriftstück zu veröffentlichen. Es lautet:

Verein Bremischer Baugewerksmeister.

Abt.: Tischlermeister.

An die Mitglieder des Vereins Brem. Baugewerksmeister.

Abt.: Tischlermeister.
Baut Mitteilung des Gemelinger Baugewerksmeister-Bereins ist bei den Tischlermeistern Gemelingers infolge einer nicht bewilligten Lohnerhöhung der jüngeren Gesellen ein Streit ausgebrochen und bitten wir Sie, keine der unten aufgeführten Gesellen einzustellen und sofern dieses bereits geschehen sein sollte, dieselben sofort wieder zu entlassen. (Folgen die Namen der streikenden Gesellen.)

Hochachtungsvoll
Verein Brem. Baugewerksmeister
Abt.: Tischlermeister.

W. Rühne, Sekretär.

Hoffentlich verstehen die Arbeiter den Herrn Scharfmachern, daß an der Solidarität der Arbeiter auch dieses Mittel verlagern muß.

Bremerhaven. Ein großes Biermalkschiff „Robert Ridders“, das im chinesischen Meer vermut-

lich im Oktober des vorigen Jahres mit dem Kapitän Winkler und 26 Mann untergegangen ist, wurde durch folgenden Spruch für verschollen erklärt: Der Biermeister Robert Widmers, Heimathafen Bremerhaven, Reederei Widmers Reismühlen, Kapitän Winkler, ist am 14. Juni 1904 von Whladelohia nach Hogo mit einer Ladung Silber eingetroffen. Das Schiff ist dabei mit seiner gesamten Besatzung als verloren oder verschollen zu betrachten. Es ist anzunehmen, daß das Schiff einem Ende Oktober 1904 in der Nähe der Matassastrasse, in welcher Gegend sich der Segler derzeit befinden haben muß, beobachtet worden. Ordentlich starken Taifun zum Opfer gefallen ist. Jrgendwelche Mängel des Schiffes, welches auch nicht überladen gewesen ist, sind nicht festgestellt. Die Ausrüstung und die Besatzung war nicht zu bemängeln.

Obstern. Familienleben und Fabrikarbeit. Wie vollständig das Familienleben durch die Fabrikarbeit der Frau gestört wird, zeigen folgende Auslassungen des obdenburgischen Gewerbesaufsehers über die Mittagspausen: Es ist in den Arbeiterfamilien, in denen die Frau mit auf die Arbeit geht, zur Gewohnheit geworden, die gekochten Speisen abends zu bereiten und am folgenden Mittag zu genießen. Auch mit anderthalbstündigen Mittagspausen wäre hier nicht gebüht, da diese nicht ausreichten, die Speisen zu kochen. Natürlich wird nur allzu oft auf die Herrichtung gekochter Speisen verzichtet, man begnügt sich auch mittags mit etwas Suppe (Wurst oder Käse) zum Schwarzbrot. Hier werden gerade die ärmsten Arbeiter am härtesten durch die Fleischverwertung betroffen. Wer bereitet den Kindern das Mittagessen? Niemand; sie finden, wenn sie aus der Schule kommen, den ihnen zugemessenen Teil der kalten Speisen zu Hause und werden ihn wahrscheinlich auch kalt verzehren. In einer Arbeiterwohnung fand der Gewerbeinspektor ein achtjähriges Mädchen mit einem jüngeren Knaben mittags allein zu Hause. Es erzählte auf Befragen, daß ihre Eltern in der Fabrik seien, die Kinder bekämen gewärmte Suppe, wenn der „große Bruder“ nach Hause komme. Der „große Bruder“, der die Suppe kochen mußte, war aber selbst erst elf Jahre alt.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Eingefandt.

Die Ausführungen des gestrigen „Eingefandts“ erweckten mich zu einigen Aeußerungen. Die Worte des betr. Eingefandts verstehe ich recht, wenn er sagt: man soll sein Augenmerk darauf richten, daß sich die liebe Jugend im Freien tummeln kann und daß man nicht die Kinder des Proletariats als schuldige Sünder allein nennen soll. Lieber J. Sch.! Es ist doch wohl nicht zu leugnen, daß es unter den Kindern des Proletariats ebenso gut ungenügende, nicht einwandfreie gibt, wie auch anständige, wohlzogene unter den sog. besseren Ständen? Darin sind wir uns doch wohl einig? Aber wo liegt die Ursache? Bedenken wir die heutigen Verhältnisse! Einestheils sind sich die Kinder des Proletariats selbst überlassen, und da hat das Wort Geltung: „Jugend kennt keine Tugend!“ und andererseits haben wir aber auch noch Angehörige des Arbeiterstandes, die auf das Wohl und die Erziehung der Lieblinge zu blicken, keine Lust verspüren oder überhaupt nicht dazu imstande sind. Ein aufgestörter Arbeiter wird wissen, wie er seine Kinder zu erziehen hat, und da wird auch keine Frage von erheblichem Gewicht laut werden. Aber was Tafsache ist, muß gesagt werden. Ohne mich damit brüsten zu wollen: ich gehöre auch zu den — vielleicht Wenigen — die mit außerordentlicher Wachsamkeit ihr Augenmerk auf die Kindererziehung richten. Nun gebe ich allerdings nicht so weit, wie der bei jeder Kleinigkeit den beherrschlichen Schuß anrufende bürgerliche Eingefandte, der sich beklagt, wenn ein kleines Blättchen auf dem Straßendamm liegt. Weit schlimmer sindigen viele Erwachsene — deren Verständnis reifer sein soll — beim Genießen von Obst, indem sie unachtsam die Ueberreste auf's Pflaster werfen, unbekümmert darum, ob sich jemand die Gliedmaßen brechen kann oder nicht. — Aber zu tabeln ist, was kürzlich meiner Mutter zweimal widerfahren ist. Ohne jegliche Veranlassung wurde sie von einem ziemlich großen Stein in der Lubowitzstraße getroffen; der Werfer war ein 12-14jähriger Junge der Arbeiterbevölkerung. Ebenso er-

ging es vor einiger Zeit meiner Schwester, die in der Westhoffstraße von einem Stein am Kopfe getroffen, eine fast blutende Wunde davontrug. Hier war es kein Arbeiterkind. Auch auf der anderen Seite möchte ich erwähnen, daß ich vor einiger Zeit drei Schülern mit Klassenmägen eine Zurechtweisung erteilt werden ließ, die mit einem Katapult in der Schwartauer Allee nach Spanien schossen, wobei doch auch sehr leicht eine Verletzung der Passanten möglich ist. — Also, lieber Eingefandte! nimm mit diese Worte nicht übel; und wenn ich damit die Bitte verknüpfe, daß die Eltern ihren Kindern mehr als bisher ernste Worte predigen und auch dem Wort der Schule mehr Gehör schenken, so tue ich dieses im Interesse der lieben Sproßlinge. Im übrigen: Freiheit der lieben Jugend! — Was die Hunde ohne Maulkorb anlaugt, so ist es allerdings in meiner Vaterstadt Berlin anders, woselbst jeder Hund außer dem Steuerzeichen seinen Maulkorb tragen muß. — Die Worte: „Etwas mehr Bescheidenheit derjenigen, die keine Kinder leiden können, wäre am Plage“, unterschreibe ich herzlich gern.

Neue Nachrichten.

Bosen. Unter Vergiftungserscheinungen erkrankte hier, wie das „Bos. Tagebl.“ meldet, etwa zehn Teilnehmer einer Hochzeitsfeier, ferner acht Personen, die von den Speisen der Hochzeitsstafel gegessen hatten. Es handelt sich vermutlich um Vergiftung durch den Genuß von Fischen oder um Krämpfe durch Vergiftung. Während bei der Mehrzahl der Erkrankten eine leichte Vergiftung vorzuliegen scheint, sind einige von ihnen schwer erkrankt.

Breslau. Nach dem Genuß giftiger Bilze erkrankte die Familie des Gärtners Franke in Weigwitz bei Ohlau. Franke ist bereits gestorben.

Langendreer. Brandunglück. Gestern nachmittag brannte das Stallgebäude des Einwohners Zimmerlitz nieder. Zwei Kinder, ein Mädchen von 10 und ein Knabe von 8 Jahren, sind verbrannt. Wie man vermutet, hatten die Kinder mit Feuer gespielt.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.
Gewerkschaftsfest-Komitee
 Freitag abend 8 1/2 Uhr: Abrechnung.
 Am 23. d. M., morgens, starb unser Sohn **Alfred** im Alter von 8 Monaten 14 Tagen.
K. Ramm und Frau, geb. Ed.
Ein Logis zu vermieten an jungen Mann oder Mädchen Schwartauer Allee 94 a.
 Zum 1. Oktober **abgeschl. Etage Elswigstraße 38 a** zu vermieten, Preis 168 Mk.
Zu vermieten ein möbl. Zimmer morgens und abends Kaffee, Woche 2,50 Mk. An der Wauer 94.
 Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise von 180 bis 200 Mark in der Nähe der Frieden- oder Meiserstraße. Off. u. H 10 an die Exped. d. Bl.
Eine Näherin resp. Flickerin für jeden Donnerstag Bleicherstraße 14, pt.

Altes Fischbein kauft gegen bar
 Schirmfabrik Högstraße, bei der Königsstraße
Ein Haus, nahe der neuen Straßenbahn u. der Kaserne, wo Käufer frei wohnt und noch Ueberfluß hat, sofort zu verk. Näheres Marktstraße 54. I.
Ein gut erhaltenes Fahrrad sehr billig zu verkaufen Marktstraße 15
Ein Baggänger zu verkaufen. Wo? Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers Kahlm.** Markt 4. **10.** sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
 Leberhosen . . . 1,80—6,45
 Mauerhosen . . . 2,60—8,75
 Schlofferhosen . . . 1,88—5,25
 Ueberziehhosen . . . 0,88—2,35
 Zwirn-Hosen . . . 1,38—3,25
 Leinene Jaden, schräge und gerade, 1,25
 Rajen, Hemden, Schlachterjaden, Freizeithosen, Mäntel erstaunlich billig.
 Nähen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Nächster
Gratismarken-Tag:
Sonnabend, 26. August.



(Zwischen je 10 Gratismarken muß sich eine größere Anzahl gesammelter Marken befinden.)
 Die im Umlauf befindlichen Gerüchte, daß die grünen Rabattmarken eingehen, sind böswillig erfunden und entbehren jeder Begründung.

Fleisch ist teuer.
 Bester Ersatz sind
Milchspeisen
 lt. Kochbuch der Hansa-Meierei, welches gratis verabsolgt wird.

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeit r
 (S. S. Nr. 24).
Außerordentliche
General-Versammlung
am Montag den 28. August 1905
 abends 8 1/4 Uhr
im „Bereinshaus“, Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung
 1. Beschlußfassung betr. Uebertritt der Freiwilligen Kranken- und Sterbefälle (S. S. Nr. 6).
 2. Eventuell Wahl eines zweiten Bureaubeamten.
 3. Verschiedene Kassenaussagenheiten.
Der Vorstand.
 NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

ARGARINE
ohra
 ersezt beste
Butter
 Ludw. Hartwig
 Sie erhalten Lubeca-Marken

Stets frisch im Karton spendlich 25 Pfg. empfiehlt bestens

Achtung!
Pastdielarbeiter!
Versammlung
am Freitag den 25. August
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
 Tages-Ordnung:
 1. Wahlen. 2. Ballangelegenheit. 3. Innere Verbandsangelegenheit.
 Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

ff. Kornbranntwein und Doppel-Kümmel
 in der seit Jahren bekannten vorzüglichen Qualität empfiehlt billigst in Flaschen, Korbfaschen und Gebinden
W. Bahfth
 Lübeck, Untertrave 113.

Gesang-Verein „Freiheit“

BALL
 am Sonntag den 27. August
 im Lokale des Herrn F. Jenke
 „Einsegl“
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr

Stadt-Kalle.
 Freitag: Abonnement-Vorstellung 88.
 Einmalige Wiederholung von Otto Erich Hartlebens:
Rosenmontag.
 Eine Offizierskomödie in 5 Akten.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Son 7 Uhr Konzert.

Wagnis und Abenteuer.

Wollen die Arbeitgeber nachgeben? Aus Essen wird berichtet: Die Bundesversammlung des Arbeitgeberbundes im Baugewerbe beschloß, in Einigungsverhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. Ausgespart sind: 6837 Maurer, 417 Zimmerer und 2116 Bauhilfsarbeiter. Es streiken: 1543 Maurer, 504 Zimmerer und 417 Bauhilfsarbeiter.

Zweiterlei Recht. Das Schöffengericht in Köln verhandelte folgende beiden Sachen: 1. Zur Zeit des Streiks der Kölner Fuhrleute hatte ein Ausständiger einen Arbeitswilligen Streikbrecher und „Wagniskomiker“ genannt. Das Gericht verurteilte den Ausständigen zu 7 Tagen Gefängnis. — 2. Der Vorarbeiter Strauch hatte eine ihm unterstellte polnische Arbeiterin, weil sie angeblich die Arbeit nicht richtig machte, wiederholt ins Gesicht gestoßen und ihr den Arm daran gepreßt, daß er schwarzblau verfärbt war und sie tagelang nicht arbeiten konnte. Das Gericht erkannte gegen den Vorarbeiter auf 6 Wk. Geldstrafe.

Etwa 800 Holzarbeiter sind Montagmorgen in Köln und Vororten sowie in Mühlheim in den Streik eingetreten. Gestreikt wird bei folgenden Firmen: in Köln bei Lichter u. Friedrichs, Appelbaum (Blankgasse), Schäfer (Meckelstraße), Wichart (Mintenspühl), Wilbert u. Arenndt, Reninger, G. v. Erdmann, Baumgärtner, Meise, Bach, Bamberg u. Witschold, Delphinisch u. Pabberg, Witz, Wellmann, Koch (Siebenbürger), Rath u. Walbach, Walter Söhne. In Lindenthal bei Heldenreich, Richardus Diez, Wilhelm Holz; in Rippes bei van Thiel und Heinrichs; in Ehrenfeld bei Düren und Debel; in Mühlheim bei Giff, Göbde und Ude u. Wolberg. Bewilligt haben Böhrner in Sülz und Wellmann in Köln. Diese Arbeitsniederlegung entspricht den Beschlüssen der in Köln, Ehrenfeld, Kall und Mühlheim abgehaltenen vier Versammlungen. Die Versammlung im „Roten Löwen“ in Köln war von annähernd 1800 Personen besucht. Hier wurde unter anderem von dem Vorsitzenden Holland die Behauptung der Christlichen zurückgewiesen, daß die Bewegung auf Anregung von Düsseldorf aus entstanden sei.

Eine feine Spekulation. An eine Reihe von Truppenstellen ist ein hektographiertes Schreiben versandt worden, das folgenden Wortlaut hat:

„Gewerkschaft Burbach, Kallwerk, Bendorf b. Helmstedt.“

(Martenborn, Provinz Sachsen.)

Bendorf, im August 05. Regiment

Das unterzeichnete Werk, welches vor etwa 8 Jahren hier in nächster Nähe des preuß. Dorfes Bendorf b. Helmstedt in Braunschweig zu entstehen begonnen, ist von Anfang an bemüht gewesen, sich einen Stamm von tüchtigen, zuverlässigen, schaffenden und nicht sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern zu schaffen. In diesem unseren Bemühen haben wir auch recht erfreulich gute Erfolge gehabt. Wir beschäftigen z. B. bereits etwa 600 Arbeiter; von ihnen hat der bereits größte Teil sich hier schon sehr gut eingelebt und wir glauben behaupten zu dürfen, daß unter diesen Leuten nicht ein einziger von sozialdemokratischer Gesinnung ist.

Nun stehen wir z. B. vor einer beträchtlichen Erweiterung unseres Betriebes, werden also unsere Arbeiterzahl bedeutend verstärken müssen. Wir wünschen natürlich, möglichst nicht sozialdemokratisch gesinnte Leute einzustellen und da meinen wir, daß unter den demnächst vom Militär zur Reserve zu entlassenden Mannschaften am Leichtesten und Besten gutgesinnte Leute zu finden sein werden.

Die Leute würden bei uns hier reichliche, gutbezahlte

Arbeit finden. Der Verdienst pflegt für 8stündige Schicht unter Tage (also im Bergwerk) in Alford im ungünstigsten Falle selbst nicht weniger als 4 Mk. auf den Tag resp. die Schicht zu betragen.

Die Arbeit ist eine gesunde, schlechte Luft gibt es nicht im Salzbergwerk und die Temperatur im Sommer wie im Winter die gleiche von ca. 18 bis 20 Grad C. Wasch- und Badeeinrichtungen sind vorhanden, so daß jeder Arbeiter sich nach Beendigung der Schicht baden und umziehen kann. Die hiesige Gegend ist sehr gesund und landschaftlich schön; rings um unser Bergwerk befinden sich meilenweite, prächtige Laub- und Nadelwälder.

Wir möchten sehr höflich bitten, in geeigneter Weise den zur Reserve zu entlassenden Mannschaften davon Kenntnis zu geben, daß bei uns reichliche, lohnende und gesunde Arbeit vorhanden ist und uns so in unserem Bemühen um Schaffung eines brauchbaren, gutgesinnten Arbeiterstammes zu unterstützen. Für freundliche Mithewaltung in dieser Richtung im Voraus verbindlichst dankend, zeichnen wir

hochachtungsvoll ergebenst
Gewerkschaft: Burbach, Kallwerk.“

Man sieht, die guten Leute wollen aus der Not, in der sich die armen Teufel befinden, die nach 3-jähriger Militärdienstzeit mit gerollten Achselklappen in die Arbeitslosigkeit treten, Kapital schlagen und sich so einen beherrschenden, geduldeten, gehorsamen Stamm von Arbeitern sichern. Daß die Herrschaften bemüht sind, so wenig wie möglich Sozialdemokraten zu bekommen, können wir verstehen. Daß sie aber behaupten, bis jetzt dieses Ziel erreicht zu haben, ist eine Ueberhebung ohne gleichen. Eine Arbeiterkassette von mehr als 50 Mann ist heutzutage selbst in den schwarzen Ecken unseres Vaterlandes nicht mehr ohne sozialdemokratischen Einschlag. Auch die Ansicht, daß man unter den vom Heere kommenden Reservisten „am leichtesten und am besten gutgesinnte Leute“ zu finden vermag, ist, wenn sie nicht wider besseres Wissen ausgesprochen wird, eine Thorheit ohne gleichen. Der größte Teil derer, die ohne Idee vom Sozialismus zum Heere kam, bekommt bekanntlich in dessen Schule andere Ideen. Die Vöhne, welche in dem Zirkular geboten werden, sind viel zu niedrig. Die Arbeit in den Salzbergwerken ist anders als die in den Kohlenbergwerken, aber wer Arbeit und Schlaf nicht kennt, der weiß, daß die idyllische Schilderung in diesem Zirkular eine Reihe von Uebelständen verschweigt. Doch das wollen wir den Leuten nicht verübeln, die uns so erfreulicherweise auf dem Umweg über ein Regimentsbureau in den Besitz eines neuen Beweises für die Tatsache gesetzt haben, daß nach Ansicht unserer Kapitalisten Kapitalismus und Militarismus Hand in Hand zu gehen haben, wenn es gilt Lebenshaltung und politische Freiheit der Arbeiter herabzubringen. Für die Herren hat der Militarismus drei Aufgaben: 1. Er soll bewaffneten Schutz für ihre Monopole und Vorrechte der kassenbewußten Arbeiterklasse — in der Sprache der Herren „dem inneren Feind“ — gegenüber bieten. 2. Er soll gehorsame, willige und billige Sklaven erziehen und 3. er soll die Werkzeuge stellen, mit der man auswärtige Konkurrenz niederschlagen und fremdes Eigentum dem deutschen Kapital erobern kann. Ein Beweis dafür, wie nach und dreißt man sich zu dieser Theorie bekennt, ist dies vertrauliche Rundschreiben.

Ausfluß aus der Partei. Der Unterzeichnete gibt hiermit bekannt, daß der Schuhmachermeister Johann Hierhager, Kallmaierstr. 41, auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus der Partei ausgeschlossen wurde. Gründe: Hierhager hat als Vorsitzender der Freien Vereinigung der Schuhmachermeister Personen, die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigt sind, bei ihren Vorgesetzten denunziert, daß sie, entgegen bestehenden Verböten, Schuhmacherarbeiten neben ihrer beruflichen Tätigkeit für dritte gegen Bezahlung ausgeführt und das hierzu benötigte Material entwendet hätten. Es hat deshalb ein Schiedsgericht stattgefunden, durch das festgestellt wurde, daß Hierhager die erwähnten Personen wider

besseres Wissen fälschlich denunziert hat. Das trifft insbesondere auf einen von ihm dem Verkehrsminister denunzierten Arbeiter der Zentralwerkstätte zu, der, wie nachgewiesen wurde, seit 1900 nicht die geringste Schuhmacherarbeit für irgend j. maad leistete. Hierhager hat durch sein ganzes Organisationsstatut niedergelegten Grundsätze verstoßen, daß sein ferneres Verbleiben in der Partei unzulässig ist. Der Gesamtantritt und die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines haben einstimmig beschlossen, ihn aus der Partei auszuschließen. Der Sozialdemokratische Verein München. J. A. Franz Schmidt, Vorsitzender.

„Es lebe die revolutionäre Arbeiterbewegung!“ Mit diesen Worten hatte Genosse M. Heisch in Straßburg eine Bauarbeiterversammlung geschlossen. Das Schöffengericht Straßburg verurteilte ihn deshalb zu 30 Wk. Geldstrafe event. 30 Tagen Haft. Als Strafverschärfung hatte das Gericht den Haftstand empfunden, daß der ominöse Ruf am Vorabend des 1. Mai ausgeführt worden sei. Staatsanwalt und Angeklagter legten Berufung ein. Die Strafkammer erkannte nur auf 10 Wk. Geldstrafe event. zwei Tage Haft.

Eingestelltes Verfahren. Im Anschluß an den vorzeitig abgebrochenen Blochenseer Prozeß waren von der Magdeburger Volkstimme auch die Verhältnisse im Zentralgefängnis zu Bronze kritisch beleuchtet worden, weshalb gegen den Redakteur Robert Albert das Strafverfahren eingeleitet wurde. Jetzt hat Albert die Mitteilung erhalten, daß das Verfahren eingestellt wurde, da die sämtlichen Verletzten den Strafantrag zurückgenommen haben.

Aus Nah und Fern.

Schwere Gefahr drohte dem preussischen Staat und zwar durch den ober-schlesischen Schustergehilfen Wycisk aus Zabrze; wäre er nicht durch die Polizei aufgefaßt und verhaftet worden, wer weiß, ob der preussische Staat das Jahr 1905 überleben würde. Jetzt sitzt er in Leipzig im Gefängnis, bis ihm vor dem Reichsgericht der Prozeß wegen Hochverrats gemacht wird; er soll nämlich beabsichtigt haben, Landestelle vom preussischen Staat loszureißen. Der gefährliche Schuster soll den armen preussischen Staat aber noch in anderer Weise gefährdet haben, nämlich dadurch, daß er eine Verbindung gründete und leitete, deren Dasein, Zweck und Verfassung vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte und die bezweckte, Maßregeln der Verwaltung und die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern (Geheimbündel, §§ 128, 129 Reichsstrafgesetzbuch). Wegen Teilnahme an diesem Geheimbund sind Wycisk als Leiter und 23 jugendliche Personen, Lehrlinge und Arbeiter, darunter auch drei junge Mädchen, als Mitglieder unter Anklage gestellt und wird die Verhandlung des Prozesses demnächst vor dem Landgericht in Olschwitz stattfinden. Als Geheimbund steht die Anklagebehörde einen polnischen Verein „Steuvis“ an, dessen Mitglieder die Abhängigkeit vom Alkohol- und Tabakgenuss und vom Geschlechtsverkehr als eigentlichen Vereinszweck angeben, während Polizeirat Adler feststellt, haben will, daß der wirkliche Zweck der Verbindung der Unterrichts der Mitglieder in der polnischen Sprache, Geschichte und der Literatur, Pflege des allpolnischen Gedankens und Förderung der Wiederherstellung des polnischen Reiches sei. Der Verein soll auch ausländische Mitglieder haben und die Gedenktage polnischer Aufstände gefeiert haben. Nach der Anklage haben alle diese Scheußlichkeiten das „Staatswohl gefährdet“, indem sie in der ober-schlesischen Bevölkerung nationale Gegenstände schufen, einen Teil der Bevölkerung der „Sinnung zum deutschen Vaterlande“ und des Gefühls der Zugehörigkeit zu demselben beraubten und mit Untertan

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(6. Fortsetzung.)

Der Kapitän der „Leontine“ war indessen schon lange mit seiner eigenen Jolle an Land gefahren, und der Steuermann wollte das gutgemerkte Fahrzeug nicht an seinen Bord legen lassen. Die Passagiere aber, denen das Ged unter den Füßen brannte, sammelten sich in Masse gegen den Seemann und drohten ihn über Bord zu werfen, wenn er ihnen verbieten wolle, das Schiff zu verlassen. Das Vorterrfahrzeug nahm übrigens nicht die geringste Notiz von den drohenden hinübergerufenen Worten des Offiziers. Einzelne der Passagiere, während sich die Matrosen vollkommen untätig dabei verhielten, warfen ihnen dabei ein Tau hinunter, und Alle, die ihr Gepäc schon bereit hatten, reichten ihre Rippen und Rasten hinab und sprangen nach, so rasch sie irgend konnten. — Nur die Frau Siebert blieb teilnahmslos bei dem Allen stehen und schien bloß Augen für die Ufer, bloß für die an-fahrenden Boote zu haben, um wieder und immer wieder geflücht zu werden. Der alte Affessor aber redete ihr fortwährend Trost ein und bat sie, ja nicht ungeduldig zu werden. In dem Wirrwarr, der dort am Ufer zu herrschen schien, habe Herr Siebert recht gut die Ankunft ihres Schiffes übersehen können, oder wenn er darauf gewartet, so hätte er auch die übrige kleine Flotte, die ihnen gefolgt sei, bemerken müssen. Noch eine Hamburger und eine Bremer Flagge wehe von deren Masten, und es wäre sehr leicht möglich, daß er erst nach den beiden anderen deutschen Schiffen — leider den falschen — hinübergefahren sei, ehe er an Bord lände, seine Frau und Kinder hier zu finden. Die Frau lächelte schweigend mit dem Kopf; so zuversichtlich sie aber bis jetzt aufgetreten war, ein so beengendes Gefühl hatte sich nun ihrer bemächtigt, denn gar so einsam, gar so verlassen

kam sie sich in dem fremden Land vor. Sie wußte wohl recht gut, daß das nur auf ein paar Stunden sein konnte, aber sie hatte sich den Empfang dort ganz anders gedacht und ausgemalt — hatte gehofft, daß ihr Mann noch an Bord springen würde, so lange alle Passagiere verammelt waren, sie dann im Triumph an Land zu führen, und jetzt — ein Boot nach dem andern glitt an ihnen vorüber, und keine von allen trug den so heiß Erwarteten.

Der Eigentümer des vieredigen Achterbootes war mit an Bord gekommen und lehnte an der Schanzkleidung, das Einladen seiner Fracht zu überwachen. Was an Bord übrigens vorging, schien ihm nicht im mindesten zu interessieren, denn er hatte nur Augen für die auf seinem Boot eingestauten Güter. Der Affessor stand kaum zwei Schritte von ihm entfernt, aber der Bootsmann drehte ihm den Rücken zu und überhörte auch ein paar höflich und leise an ihn gerichtete Fragen des alten Mannes. Wer von ihm etwas erfahren wollte, mußte laut sprechen.

„Heda — Hans!“ rief er da plötzlich in deutscher Sprache dem einen der unten beschäftigten Leute zu — „Donnerstag, pack dich alles da hinüber zum Jahrbord. Du willst uns woll den Rasten umdrehen?“

„Aber die Passagiere!“ — rief der Mann zurück. „Die mögen sehn, wo sie Platz finden,“ lautete die Antwort, „hierüber damit, Junge, wir können ja auch sonst das eine Ruder gar nicht führen.“

„Berzählen Sie,“ sagte sich der Affessor da ein Herz, als er den Mann Deutsch sprechen hörte, indem er dem über Bord Gelehnten leicht und schüchtern auf die beiden Schultern klopfte.

„Ja!“ sagte der Seemann und drehte den Kopf nach ihm um.

„Kennen Sie einen gewissen Herrn Siebert hier in Kalifornien?“ fragte jetzt der Affessor, fest entschlossen, der fraglichen Sache ernst zu Leibe zu rücken. Die Frau horchte auf, als sie den Namen hörte.

„Ja, mein guter Mann,“ antwortete aber der Bootseigentümer, seine Aufmerksamkeit wieder dem eigenen Fahrzeug zuwendend, „Kalifornien ist groß, und in dem mag schon eine gute Portion Sieberts herumlaufen. Einen Gottlieb Siebert hab' ich hier übrigens gekannt, wenn es der sein soll.“

„Gottlieb heißt mein Mann!“ rief da die Frau, indem sie rasch auf den Bootsführer zutrat. „Kannt Ihr den, guter Freund, und ist er in San Francisco?“

„Ja,“ sagte der Mann und drehte sich nach ihr um — „Ihr seid seine Frau?“ — Ja ich weiß — er hat sie von Deutschland erwartet.“

„Ist er in San Francisco?“ bat die Frau.

„Wenigstens nicht weit davon,“ murmelte der Deutsche leise vor sich hin und spuckte seinen Tabaksstaub über Bord — „tut mir leid, Madame, den — haben wir aber vorgestern begraben.“

„Begraben?“ schrie die Frau und sah in Todesangst den Arm des Mannes, der ihr die furchtbare Kunde mitgeteilt. Selbst der Affessor setzte das kleine Kind, das er bis dahin auf dem Arm gehalten, rasch an die Erde nieder, denn er fürchtete, daß er es fallen ließe — so war ihm der Schreck in die Glieder gefahren. Der Seemann nickte aber mit dem Kopf und sagte:

„Ja — tut mir leid, — aber — erfahren hätten Ihr's doch müssen, und so ist's vielleicht besser, Ihr hört es gleich vom Anfang an. Er ist an einer Art Ruhr gestorben, und die Sache muß entsehrlich schnell gegangen sein, denn abends waren wir noch zusammen, und am Morgen lag er tot in seinem Bette.“

Die Frau Siebert war in die Knie gesunken und barg das Gesicht in den Händen, und einzelne der Passagiere drängten herzu zu hören, was vorgefallen.

„Siebert, tot!“ ging da die Kunde von Mund zu Mund — „na, das ist eine schöne Geschichte — die arme

